

1 **VIERTER ENTWURF**

2 **Politikwechsel für Thüringen – jetzt!!**

3 **Das Regierungsprogramm der LINKEN zur Landtagswahl 2009**

4 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme:**

5
6 Liebe Thüringerinnen und Thüringer,

7
8 Sie haben die Wahl!

9 Mit ihrer Stimmenabgabe am 30. August 2009 entscheiden Sie, wie es in unserem Land
10 weitergeht!

11 Mit dieser Wahl haben Sie die Chance, einen grundlegenden Wechsel einzuleiten!

12
13 In den zurückliegenden knapp zwei Jahrzehnten hat sich Thüringen enorm verändert, sichtbar
14 verändert. Mit der Bildung des Freistaates wurde das historische Erbe neu ins Bewusstsein
15 gerückt. Große Veränderungen und Errungenschaften haben ihre Wiege in Thüringen. Luther
16 erneuerte das Christentum, Goethe und Schiller machten Thüringen vorübergehend zum
17 geistig-kulturellen Zentrum Europas, berühmte Komponisten und Intendanten verhalfen den
18 Thüringer Theatern zu einem ausgezeichneten Ruf, Walter Gropius und seine Mitstreiter des
19 Bauhauses begeisterten mit völlig neuen Ideen, Architektur, Wirtschaft und Kultur. In den
20 letzten Jahren wurden Innenstädte, Dörfer und Kulturdenkmale aufwendig saniert, neue
21 Straßen gebaut bzw. vorhandene ausgebessert, Umweltsünden beseitigt. Unternehmen haben
22 sich neu angesiedelt, Arbeitsplätze wurden geschaffen; Hochschulen und
23 Forschungseinrichtungen haben sich etabliert.

24
25 Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Thüringen in 19 Jahren CDU-Regierung
26 auch die Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer wird und immer weniger Menschen am
27 gesellschaftlichen Fortschritt gleichberechtigt teilhaben. Die CDU ist verantwortlich für die
28 Anhäufung von mittlerweile 15 Milliarden Euro Schulden. Stagnation und z. T. Rückschritte
29 sind an vielen Stellen greifbar. Eine verfehlte Bildungspolitik vertieft die soziale Selektion
30 und Spaltung. Tausende Kinder in Thüringen leben in Armut. Thüringen ist deutschlandweit
31 zum Billiglohnland Nummer 1 geworden. Viele Menschen erhalten trotz eines Vollzeitjobs
32 ergänzend Hartz-IV. Täglich verlassen knapp 60 junge qualifizierte Leute den Freistaat.
33 Städte und Gemeinden sind zunehmend in ihrer finanziellen Existenz bedroht. Direkte
34 demokratische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern wird seitens der herrschenden CDU
35 nur halbherzig akzeptiert. Mit den automatischen Diätenerhöhungen für Abgeordnete wurde
36 durch CDU-Mehrheit eine Selbstbedienungsmentalität gesetzlich sanktioniert. Und die CDU-
37 Politik trägt auch die Verantwortung dafür, dass Vettern- und Parteibuchwirtschaft, schwarzer
38 Filz regelmäßig bedient und unsägliche Skandale produziert werden.

39
40 Eine solche Situation verlangt geradezu nach Veränderung!

41 **Doch VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

42
43 Auch auf Bundesebene vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung. Seit Jahren behauptet eine
44 neoliberale Propaganda, wegen der Globalisierung und der Demographiezahlen sei der
45 angeblich „ineffiziente“ Sozialstaat am Ende. In Wahrheit jedoch geht es aber um die
46 Durchkapitalisierung aller Bereiche des menschlichen Lebens aber auch der Privatisierung
47 des öffentlichen Eigentums. Alles dient dem Ziel der hemmungslosen Profitmaximierung der
48 Geld-Eliten auf Kosten der Schwachen in dieser Gesellschaft. Und die regierenden Politiker
49 in Bund und Land sowie die Mehrzahl der Medien, befördern diese Richtung mit „Reformen“
50 bzw. eintöniger Propaganda vom unabhängigen Markt und behaupten dreist, alles sei
51 alternativlos. Die gegenwärtige Finanzmarktkrise hat schonungslos das Versagen dieser

52 Politiker und eines ungezügelten Marktes offen gelegt. Und auch hier geht die Lösung auf
53 Kosten des Steuerzahlers: Die Gewinne skrupelloser Spekulanten bei den Banken werden
54 privatisiert und die Verluste verstaatlicht.

55

56 Auch diese Politik verlangt geradezu nach Veränderung!

57 **Und diese VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

58

59 **Wir sagen, es ist jetzt Zeit für eine DEUTLICHE VERÄNDERUNG!**

60 **Wir sagen, wir wollen jetzt einen Aufbruch, eine neue Politik wagen!**

61

62 Wir, die Partei DIE LINKE, die von Anfang an gegen diese unsolidarische und
63 undemokratische Politik gekämpft hat, steht wie keine andere Partei für einen generellen
64 Politikwechsel hier in Thüringen. Und Sie als Wählerinnen und Wähler entscheiden darüber,
65 ob es in unserem Land zu einem wirklichen Wandel hin zu:

66

67 1. **mehr sozialer Gerechtigkeit,**

68 2. **gleichen Bildungschancen und kultureller Teilhabe für alle,**

69 3. **menschenwürdigen und existenzsichernden Arbeitsplätzen für Frauen und**
70 **Männer**

71 4. **einer Energieoffensive, verbunden mit ökologischer Ausrichtung der Wirtschaft**
72 **sowie**

73 5. **mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung**

74

75 kommt.

76

77 Mit diesen Leitprojekten wollen wir den Fortschritt wieder nach Thüringen holen - nicht nur
78 den wirtschaftlichen. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft wieder
79 herstellen und stärken.

80

81 Wir wollen an historische Traditionen dieses Landes anknüpfen und aus diesen Erfahrungen
82 schöpfen. Hier wurde karitatives Wirken populär gemacht, hier liegt die Wiege der
83 Reformation, Aufklärung und Toleranz fanden hier eine Heimat und das Bauhaus gilt als
84 Synonym für den Aufbruch in der Moderne.

85 Aber auch die dunklen Seiten der Vergangenheit, wofür die Namen Buchenwald und
86 Mittelbau-Dora stehen, sind Verpflichtung für uns, jegliche Tendenzen des
87 Rechtsradikalismus zu bekämpfen und die Demokratie zu stärken.

88

89 Eine erfolgreiche linke Landespolitik hängt stark von der Europa-, Bundes- und
90 Kommunalpolitik ab. Dort und durch die Globalisierung werden Rahmenbedingungen
91 gesetzt, die wir nicht ignorieren können. Insbesondere die Auswirkungen der internationalen
92 Immobilien- und Finanzkrise sind schwer absehbar. Sie ist Ergebnis einer falschen Politik
93 gegenüber den Banken und Vermögenden sowie Staaten, die Steueroasen zuließen, die die
94 Konkurrenz der Staaten untereinander maßlos werden ließen.

95 Zudem kosteten und kosten Thüringen von der CDU auf den Weg gebrachte unsinnige und
96 teure Großprojekte, enorme Steuermittel. Sie belasten zukünftige Haushaltsspielräume in den
97 nächsten Jahren, ohne dass diese Investitionen bislang zu einem selbst tragenden Aufschwung
98 beitragen. Gleiches gilt für die intransparente Förderung der Landesgesellschaften.

99 DIE LINKE fordert deshalb zunächst für Thüringen einen umfassenden Kassensturz. Nach 20
100 Jahren CDU-Regierung in Thüringen muss Klarheit her, welche Erblasten der Thüringer
101 Bevölkerung durch die CDU auferlegt wurden.

102

103 Diese Umstände machen die Einleitung von Veränderungen schwierig. Dennoch ist sehr viel
104 möglich. Und viele Menschen warten auf ein solches Signal.

105

106 **Und dieses Signal, diese VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

107 **Wir wollen eine neue Politik, gemeinsam mit Ihnen gestalten!**

108

109 Unverzichtbar für eine solche neue Politik sind für uns aber die Schlussfolgerungen aus der
110 eigenen Vergangenheit und unserer Verantwortung. Denn nur wer die Lehren aus der
111 Geschichte berücksichtigt, kann die Zukunft verantwortungsvoll gestalten. Ein Sozialismus ist
112 ohne Demokratie, Freiheit, Solidarität und individuelle Rechte nicht denkbar. Ein Zurück
113 hinter diesen Gründungskonsens der PDS von 1990 wird es nicht geben. Soziale Grundrechte,
114 demokratische Teilhabe und individuelle Freiheit bilden für uns eine untrennbare Einheit und
115 Verpflichtung.

116

117 Darum werden wir den Zustand, dass Bürgerinnen und Bürgern von der Politik zu Zuschauern
118 degradiert werden, beenden. Wir wollen damit ein entscheidendes Vermächtnis der
119 politischen Wende 1989/90 umsetzen und mit Leben erfüllen. Das bedeutet für uns, direkte
120 Mitbestimmung und Teilhabe an der Politik für alle Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen.

121 Damit werden wir Sie, liebe Thüringerinnen und Thüringer, direkt in die Gestaltung der
122 Zukunftsaufgaben Thüringens einbeziehen.

123 DIE LINKE will gemeinsam mit IHNEN Thüringen zukunftssicher und attraktiv für alle
124 Generationen machen.

125 Wir wollen, dass jeder von seiner Arbeit Lohn auch leben kann.

126

127 Wir sind überzeugt, dass wir gemeinsam die Kraft, den Mut und den Willen haben, für
128 Veränderung in unserem Land zu sorgen.

129 **Deshalb ist ihre Entscheidung so wichtig!**

130 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

131

132

133

134 **UNSER LEITPROJEKT: MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT**

135

136 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit!**

137 Wir betrachten Sozialpolitik als eine ganzheitliche Politik, die den Menschen ermöglicht,
138 selbstbestimmt ihr eigenes Leben und ihr gesellschaftliches Umfeld aktiv zu gestalten. Für

139 DIE LINKE bedeutet Sozialpolitik die Sicherstellung der sozialen Daseinsvorsorge als Teil
140 der Lebensqualität in Städten, Gemeinden und Landkreisen. Wir wollen es allen Menschen

141 ermöglichen, in dem von ihnen gewünschten Rahmen an der Gesellschaft teilzuhaben, sich
142 also politisch, kulturell, künstlerisch, sportlich zu betätigen oder in anderen gesellschaftlichen

143 Bereichen einzubringen. Dazu müssen die Einschnitte in den Sozialstaat gestoppt werden.
144 Unsere Gesellschaft braucht eine neue Idee sozialer Gerechtigkeit und der Verantwortung des

145 Starken für den Schwachen.

146 Deshalb setzt sich DIE LINKE im Bund für die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme ein.

147 Unser Ziel ist dabei die schrittweise Umgestaltung der Sozialversicherungen zu
148 Bürgerversicherungen.

149

150 DIE LINKE ist für die Schaffung einer effektiven sozialen Infrastruktur. Dazu bedarf es einer
151 regelmäßigen Sozialberichterstattung zur Analyse der sozialen Lage und deren Ursachen. Auf
152 dieser Grundlage werden im Rahmen einer Sozialplanung die Schwerpunkte sozialer Arbeit
153 in den Sozialräumen ermittelt und entsprechende Strukturen der sozialen Arbeit eingerichtet.

154

155 DIE LINKE wird eine Sozialpauschale einführen. Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl
156 erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte finanzielle Mittel zur Schaffung von bis zu 200
157 sozialversicherungspflichtiger und nach Tarif bezahlter Arbeitsplätze in Thüringen, mit denen
158 langfristige, tragfähige Netzwerke sozialer Einrichtungen installiert werden können.
159 Vorrangig soll die Sozialpauschale für die Bereiche Frauen- und Familienzentren,
160 Seniorenbüros, Behindertenberatungsstellen, aber auch in der Suchtberatung und Prävention
161 sowie beim Verbraucherschutz und bei den Schuldnerberatungsstellen eingesetzt werden.
162 DIE LINKE setzt sich für die Einführung eines Sozialtickets für Busse und Bahnen ein, das
163 Menschen mit einem geringen Einkommen die heute unabdingbare gesellschaftliche Mobilität
164 ermöglichen soll.

165

166 Im Rahmen der Übernahme von staatlichen Aufgaben durch Freie Träger setzt sich DIE
167 LINKE dafür ein, dass die Finanzierung der Aufgaben der Freien Wohlfahrtspflege langfristig
168 und planbar garantiert wird. Dazu bedarf es unabhängig von den Einnahmen aus dem
169 Lottobetrieb gesetzlicher Regelungen. Damit kann eine langfristige und stabile Förderung
170 beider Bereiche gesichert werden.

171 Ehrenamtliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge,
172 es ist entscheidend für ein solidarisches Miteinander und für das kulturelle und sportliche
173 Leben in Thüringen. Dennoch darf sich der Staat nicht aus seiner Verantwortung ziehen und
174 die Last der ehrenamtlichen Arbeit aufbürden. Um ein Ehrenamt ausführen zu können, bedarf
175 es des Rahmens und der Unterstützung des Hauptamtes. DIE LINKE wird die politischen
176 Rahmenbedingungen zur Ausführung des Ehrenamtes durch ein Ehrenamtsgesetz verbessern.
177 Die Aufgaben der Ehrenamtsstiftung bedürfen einer neuen Ausrichtung. DIE LINKE prüft,
178 die Mittel für die ehrenamtliche Arbeit in den kommenden Jahren erhöhen.

179

180 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine zukunftsfähige**
181 **Gesundheitspolitik!**

182 Gesundheitssicherung und medizinische Versorgung sind als soziales Menschenrecht nur als
183 öffentliche Aufgabe zu gewährleisten. Gesundheit dient der Persönlichkeitsentwicklung, der
184 autonomen Lebensgestaltung und Selbstverwirklichung.

185 Es geht um eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik im Sinne einer sozialen Prävention
186 einschließlich Gesundheitsbildung und –beratung. Das ist eine wesentliche Aufgabe des
187 Landes und der Kommunen. Der öffentliche Gesundheitsdienst wird gestärkt, damit er die
188 ihm obliegenden Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge, wie bei der Prävention, dem
189 Infektionsschutz, der Gesundheitsberichterstattung und der Beratung benachteiligter
190 Bevölkerungsgruppen, besser wahrnehmen kann. Wir wollen deshalb ein Gesetz über den
191 öffentlichen Gesundheitsdienst erlassen. Darin wollen wir auch die kommunalen
192 Gesundheitsämter stärken und sie dazu befähigen, wo nötig auf die regionale
193 Unterversorgung zu reagieren.

194 Die Prävention und die Gesundheitserziehung vor allem in Kindertageseinrichtungen und
195 Schulen werden in Zusammenarbeit mit den Kassen und der Kassenärztlichen Vereinigung
196 erheblich verstärkt.

197

198 Die Sicherung einer ambulanten, stationären, rehabilitativen und komplementären
199 wohnortnahen Versorgung der Bürger entspricht den Grundsätzen für eine
200 verantwortungsbewusste Daseinsvorsorge als Pflichtaufgabe der kommunalen Körperschaft
201 und des Landes Thüringen. Die dazu notwendigen Instrumente – wie der
202 Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung für die ambulante Versorgung, die
203 gemeindenahere psychiatrische Versorgung und die Verantwortung des Landes für die
204 Krankenhausplanung – sind zu erhalten und gemeinsam mit den Kommunen abzustimmen.

205
206 DIE LINKE wird alle Möglichkeiten nutzen, der drohenden und in einzelnen Regionen
207 bereits vorhandenen ärztlichen Unterversorgung entgegenzuwirken. Dazu zählen Maßnahmen
208 der Wirtschaftsförderung, die Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und die
209 Verbesserung von Ansiedlungsreizen. Dabei muss auch die ambulante geriatrische
210 Versorgung weiter ausgebaut werden.
211 Um die Unabhängigkeit von Forschung, Lehre und Krankenpflege zu gewährleisten, ist der
212 Erhalt des Universitätsklinikums Jena in Trägerschaft des Landes zu gewährleisten und durch
213 einen eigenständigen Zuwendungs- und Leistungsvertrag weiterzuentwickeln.
214
215 Die Krankenhausversorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Von einst 72
216 Krankenhäusern weist Thüringen heute noch 46 aus. Zur Aufrechterhaltung einer bürgernahen
217 und altersgerechten und qualitativen medizinischen Versorgung dürfen keine weiteren
218 Krankenhäuser oder wichtige Fachabteilungen geschlossen werden. Deshalb muss auch eine
219 weitere Privatisierung (Kommerzialisierung) im Krankenhausbereich verhindert werden.
220 Alle Krankenhäuser müssen über ein auf ihre Region abgestimmtes
221 Schnittstellenmanagement bei der Überleitung in eine Anschlussheilbehandlung, in den
222 Pflegebereich etc. verfügen.
223 DIE LINKE will Thüringen als Reha- und Kur-Standort ausbauen, dabei werden regionale
224 und kommunale Trägerstrukturen sowie Bürgervereine und Stiftungen unterstützt.
225
226 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
227 **verbessern!**
228 DIE LINKE will eine Familienpolitik, die den heutigen vielfältigen Formen des
229 Zusammenlebens der Menschen Rechnung trägt und über die ausschließliche Betrachtung von
230 Tauschein, Herkunft und sexueller Orientierung hinausgeht.
231 DIE LINKE will mit ihrer Familienpolitik dazu beitragen, dass die Entscheidung für ein Kind
232 erleichtert und die Lebensbedingungen von Familien konsequent verbessert werden. Der
233 Ausbau der Kindertagesstätten als Bildungs- und Familienzentren muss auf einem hohen
234 qualitativen Niveau zügig umgesetzt werden.
235 Zur familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt werden wir derartige Arbeitsplätze im
236 öffentlichen Dienst sowie geeignete flexible Arbeitszeitmodelle anbieten. Kleinere und
237 mittlere Unternehmen werden bei der Einrichtung familienfreundlicher Arbeitsplätze
238 unterstützt.
239 Zur Wahrnehmung staatlicher Verantwortung gehört für DIE LINKE aber auch der Ausbau
240 von Beratungsstellen für Mütter und Väter, für Familienhilfe und für die
241 Schwangerschaftskonfliktberatung. Die Beratungsstellen sollen durch aufsuchende Hilfen
242 ergänzt werden.
243 Verbindliche Vorsorgeuntersuchungen durch besonders qualifizierte Ärztinnen und Ärzte
244 sollen helfen, Gewalt an Kindern schneller zu erkennen und Jugendämter sollen darin
245 unterstützt werden, misshandelten und missbrauchten Kindern eine schnellere und
246 dauerhaftere Perspektive in Pflege- und Adoptivfamilien zu ermöglichen. Entscheidend ist
247 aber der Ausbau der Hilfestrukturen auszubauen, um Familien in schwierigen Situationen
248 rechtzeitig zu erreichen und dies langfristig zu finanzieren.
249
250 Die Stiftung FamilienSinn wird aufgelöst und die Aufgaben in die Landeshoheit
251 zurückgeholt. Die Angebote der Familienerholung und Familienurlaub werden dahingehend
252 ausgebaut, dass insbesondere Familien in schwierigen sozialen Lagen eine Möglichkeit der
253 Entspannung geboten werden kann.
254
255 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Konsequenz gegen Kinderarmut!**

256 Kinderarmut ist ein gesellschaftlicher Skandal. Sie grenzt viele Kinder dauerhaft aus und
257 beschneidet ihre Entwicklungschancen. Armut der Eltern führt zu Armut der Kinder, die
258 bisher dauerhaft von gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzt und in die Chancenlosigkeit
259 getrieben werden. Wir begrüßen das „Gemeinsame Soziale Wort zur Kinderarmut in
260 Thüringen“ der Wohlfahrtsverbände, Kirchen etc. ausdrücklich und werden uns für die
261 Umsetzung der darin enthaltenen Forderungen einsetzen.

262 Ziel muss somit sein, die Einkommenssituation der Eltern zu verbessern. Die Armutsfalle
263 Hartz IV muss abgeschafft werden, mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn
264 muss das Lohndumping eingeschränkt werden und Frauen und Männer brauchen angemessen
265 entlohnte Arbeitsplätze.

266 Mit verstärkten Investitionen in die frühkindliche und schulische Bildung und einer
267 langfristigen Umstrukturierung der Schule hin zu längerem gemeinsamen Lernen muss allen
268 Kindern das Recht auf Bildung für die Zukunft eingeräumt werden. Zudem müssen Schule
269 und Jugendhilfe enger zusammenarbeiten.

270 Auf Bundesebene kämpft DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung, die allen Kindern als
271 finanzielle Leistung zur Verfügung steht, ohne dass diese auf das Familieneinkommen
272 angerechnet wird. Zusätzliche Mittel sollen für den Ausbau der Angebote der Kinder- und
273 Jugendhilfe eingesetzt werden. Damit werden Angebote geschaffen, die allen Kindern
274 zugänglich sind, unabhängig des sozialen Hintergrundes der Eltern.

275 Um eine eigenständige Kinderpolitik zu etablieren, müssen Kinder als selbständige Subjekte
276 wahrgenommen und mit mehr Rechten ausgestattet werden. Deshalb setzt sich DIE LINKE
277 dafür ein, die in der UN-Kinderrechtskonvention formulierten Kinderrechte ins Grundgesetz
278 aufzunehmen. DIE LINKE wird die Kommunen bei dem Ausbau und der Stärkung der
279 Strukturen des Kinderschutzes unterstützen.

280 Mit einem Sofortprogramm will DIE LINKE Maßnahmen gegen Kinderarmut ergreifen.
281 Bestandteile dieses Programms sollen unter anderem Schritte für ein kostenloses Mittagessen
282 in Kindertagesstätten und Schulen sein. DIE LINKE legt Wert auf eine ausgewogene
283 Ernährung hoher Qualität, verbunden mit einer Ernährungserziehung, die zum Bestandteil der
284 Bildungspläne gemacht wird. Dies auch im Rahmen der Gesundheitsförderung und
285 Prävention für Kinder. Wo möglich, sollen an Kitas und Schulen wieder Küchen eingerichtet
286 und betrieben werden.

287 Ebenfalls wird eine Unterstützung der Kommunen angestrebt, um Kultur- und
288 Freizeiteinrichtungen sowie die Nutzung von Busse und Bahnen für Kinder und Jugendliche
289 auf Dauer kostenfrei zugänglich zu machen.

290

291 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Aktiv im Alter – Stärkung der Rechte** 292 **der Senioren!**

293 DIE LINKE setzt sich für ein zeitgemäßes Bild des Alters und des Alterns ein, das durch
294 Aktivität und Teilhabe gekennzeichnet ist. Ältere Menschen verfügen über Wissen, Erfahrung
295 und Kompetenz, was für die Gesellschaft von hoher Bedeutung ist. Anstelle von Ausgrenzung
296 und fehlendem Respekt setzt sich darum DIE LINKE dafür ein, dass ältere Menschen in die
297 gesellschaftlichen Prozesse integriert werden.

298

299 DIE LINKE kämpft gegen Altersdiskriminierung, wie sie z.B. bei Kreditvergabe und
300 Vertragsabschlüssen Alltag ist. Wir setzen uns in jedem Altersabschnitt des Menschen für ein
301 Leben in Würde ein und damit auch gegen Altersarmut und finanzielle Abhängigkeiten.

302

303 DIE LINKE wird ein Gesetz zur Stärkung der Interessenvertretung von Seniorinnen und
304 Senioren auf den Weg bringen.

305

306 Selbst bestimmtes Leben in Würde, in jedem Altersabschnitt des Menschen, will DIE LINKE
307 durch Stärkung ehrenamtlichen Engagements, der Nachbarschaftshilfe und durch
308 Seniorenbegegnungsstätten fördern.

309 In Kommunen sollen Seniorenbeiräte gebildet werden, sie befördern den Erfahrungs- und
310 Gedankenaustausch zwischen Jung und Alt.

311 DIE LINKE ist für die Erstellung und Fortschreibung eines Landespflegeplanes sowie für die
312 Erarbeitung eines neuen Heimgesetzes zur Gewährleistung hoher Qualitätsstandards mit
313 einem höheren Fachkräfteschlüssel in der Pflege. Wir benötigen eine qualitativ und
314 quantitativ ausreichende Zahl von Pflegefachkräften und die Überarbeitung der
315 Ausbildungsinhalte, bei denen das Qualitätsmanagement in den Mittelpunkt rücken soll.

316 DIE LINKE setzt sich für tarifgerechte Bezahlung und Entbürokratisierung der Pflege ein.
317 Wir sind zudem für ein Landesprogramm, mit dem Pflegekräfte mit langjähriger
318 Berufserfahrung zu Pflegefachkräften weitergebildet werden. Ebenso müssen Fachkräfte im
319 Bereich der Gerontopsychiatrie aus- und weitergebildet werden.

320

321 Bezahlbare und bedarfsgerechte Wohnungen sowie selbst bestimmtes Wohnen sind für DIE
322 LINKE Grundvoraussetzung sozialer Sicherheit und Menschenwürde. DIE LINKE setzt sich
323 daher für den Erhalt und die Förderung bezahlbarer Wohnungen für Familien und ältere
324 Menschen und die Förderung von Mehrgenerationenhäusern in Wohnungs- und
325 Bauprogrammen ein. Um den Wohnbedürfnissen älter werdender Menschen gerecht zu
326 werden, ist DIE LINKE für ein Programm zur Schaffung von barrierefreien, alternativen und
327 generationenübergreifenden Wohn- und Betreuungsformen. Insbesondere sind Wohnprojekte
328 zu fördern, in denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner gegenseitig helfen können sowie
329 Wohnprojekte mit integrierten und ambulanten Pflegediensten und Dienstleistungsangeboten,
330 die ein längeres Leben in der eigenen Wohnung ermöglichen.

331

332 DIE LINKE will Thüringen als attraktiven Wohn- und Lebensraum stärken und
333 weiterentwickeln. Familienfreundliche, sozial gerechte, demokratische und ökologische
334 Kommunen und Regionen sollen in Thüringen nachhaltig die Lebensqualität für alle
335 Bürgerinnen und Bürger sichern.

336 Stadtentwicklung/Städtebauförderung soll daher konsequent unter Berücksichtigung regionaler
337 Besonderheiten fortgeführt werden, um das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben in
338 den Kommunen weiterzugestalten. Im Rahmen des demografiebedingten Stadtumbaus richten
339 wir besonderes Augenmerk auf die Revitalisierung der Innenstädte und Ortskerne und den
340 Erhalt des städtischen kulturellen Erbes.

341 Die Entwicklung der Stadt und der Regionen muss in stärkerem Maße wieder zur eigenen
342 Sache der Bürgerinnen und Bürger werden.

343 Bezahlbare Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind im Interesse des Gemeinwohls
344 sicherzustellen. Die Privatisierung öffentlichen Eigentums und kommunaler
345 Versorgungsunternehmen lehnen wir ab.

346

347 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gleichstellung von Frauen und**
348 **Männern!**

349 Wie demokratisch eine Gesellschaft ist, misst sich für DIE LINKE an der Freiheit von Frauen
350 und Männern, den eigenen Lebensentwurf frei von Rollenklischees umsetzen zu können. Die
351 gerechte Verteilung von Erwerbs-, Haus- und Erziehungsarbeit zwischen den Geschlechtern
352 ist eine wichtige Voraussetzung dafür.

353 Gewalt an Frauen, muss öffentlich geächtet und entschieden verfolgt werden. Wir brauchen
354 ein flächendeckendes Netz an arbeitsfähigen Frauenhäusern. Dazu gehören auch ein
355 überzeugendes Interventionskonzept und der Ausbau der Täterberatung.

356

357 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das Gleichstellungsgesetz für den Öffentlichen Dienst
358 novelliert und von der Landesregierung tatsächlich angewendet wird. Das heißt auch, dass
359 Frauen bei gleicher Qualifikation so lange in Ministerien und Landesbehörden bei zu
360 besetzenden Stellen bevorzugt einzustellen sind, solange Frauen in den Führungsetagen
361 unterrepräsentiert sind. Gleichzeitig gilt es, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der
362 Privatwirtschaft zu befördern. Dafür werden Gleichstellungsmaßnahmen bei der Vergabe
363 öffentlicher Aufträge berücksichtigt. Im Bundesrat wird ein Gleichstellungsgesetz für die
364 Privatwirtschaft in Angriff genommen.

365
366 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mehr als eine frauenpolitische Forderung nach
367 Anerkennung fachlicher Kompetenzen. Es geht dabei sowohl für Männer als auch für Frauen
368 um nicht weniger als ein Umdenken und Neubewerten von gesellschaftlicher Arbeit - ob am
369 Computer, im Haushalt, an der Werkbank, auf dem Spielplatz oder bei der Pflege von
370 Angehörigen. Besondere Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhalten
371 Alleinerziehende. Bei der Arbeitsorganisation im Landesdienst wird besonders auf ihre
372 familiäre Situation Rücksicht genommen. Bei der Vergabe von Krippen- und Kitaplätzen
373 werden bei Engpässen Alleinerziehende besonders berücksichtigt.

374
375 Wir sagen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit zur Sicherung der ökonomischen
376 Unabhängigkeit!

377
378 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine Selbstbestimmte**
379 **Behindertenpolitik!**

380 Menschen mit Behinderung haben das Recht auf volle Teilhabe. Mit der Verabschiedung der
381 UN-Konvention „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ wurde
382 deutlich, dass Behindertenpolitik nicht Fürsorge heißen kann, sondern den Einsatz für
383 Menschen- und Bürgerrechte bedeutet. Das heißt: Die sozialen Rechte „wie das Recht auf
384 schulische und berufliche Bildung und das Recht auf Arbeit“ müssen in nationales Recht
385 überführt werden. Eine Erweiterung der Thüringer Verfassung um diese Bürgerrechte wird
386 durch die Partei DIE LINKE angestrebt. Dieser Anspruch kann in Thüringen nur umgesetzt
387 werden, wenn die Schulgesetzgebung völlig neu gestaltet wird und Kinder mit und ohne
388 Behinderungen perspektivisch gemeinsam unterrichtet werden.

389
390 Um eine umfassende „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ in Thüringen zu gewährleisten, ist
391 es notwendig, das Thüringer Gleichstellungsgesetz für Behinderte zu novellieren. Es müssen
392 die Rechte und Pflichten des Behindertenbeauftragten gestärkt werden. Ein unabhängiger
393 Landesbehindertenbeirat soll die Landesregierung in allen Fragen der Gleichstellungspolitik
394 beraten.

395
396 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Dringlichkeit von barrierefreiem Bauen und
397 Wohnen erkannt wird und Förderprogramme zum Bau von barrierefreiem Wohnraum, auch
398 im ländlichen Raum, aufgelegt werden. Ebenso müssen Dienstleistungen ausgebaut werden,
399 dabei aber bedarfsgerecht und bezahlbar bleiben. Dem Wunsch nach gemeindenahem
400 Wohnen und Leben wird somit besser entsprochen.

401
402 Um den Bedarf nach persönlicher Assistenz zu sichern, setzt sich DIE LINKE für gesetzliche
403 Rahmenbedingungen in Land und Bund ein. So beispielsweise bei der Einführung eines
404 flächendeckenden trägerübergreifenden persönlichen Budget. DIE LINKE will unabhängige
405 Beratungsstellen für Menschen mit Behinderungen kontinuierlich fördern.

406

407 Um ein eigenständiges Leben führen zu können brauchen wir mehr versicherungspflichtige
408 Arbeitsplätze, die aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe sowie aus Landesmitteln ein „Budget
409 für Arbeit“ geschaffen werden sollen. Versicherungspflichtige Arbeitsplätze sollen für die
410 Menschen, die es wollen, den Weg aus den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
411 ebnen.

412
413 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine bedarfsorientierte**
414 **Grundsicherung und gegen die Rente ab 67!**

415 Wir werden uns für eine bedarfsorientierte Grundsicherung gegenüber dem Bund, den
416 Rententrägern und öffentlichen Kassen einsetzen. Rentengerechtigkeit zwischen Ost und
417 West sowie für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss endlich mit sozialen
418 Sicherungssystemen komplettiert werden. Dazu gehört selbstverständlich auch die Forderung
419 nach Abschaffung der Armutsfalle Hartz IV.

420 Die Grundsicherung soll in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit
421 für Menschen sozial absichernd sein.

422
423 Konsequent sagen wir nein zur Rente ab 67 und zur Zwangsverrentung auf der Grundlage von
424 Hartz-IV. Wir streiten für flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr.

425 Die Bundesagentur für Arbeit muss endlich Altersteilzeitmodelle stärker fördern, die
426 Rentenwerte Ost und West müssen angeglichen, das Frauenrentenrecht angepasst sowie die
427 Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung abgeschafft werden.

428
429 DIE LINKE tritt auf Bundesebene für eine Kindergrundsicherung ein und gestaltet dies auch
430 durch kinderfreundliche Richtlinien in der Landespolitik aus. Zur eigenständigen Absicherung
431 von Frauen beim Bezug des Arbeitslosengeldes II wird eine Bundesratsinitiative zur
432 Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften geprüft.

433
434
435

436 **UNSER LEITPROJEKT: GLEICHE BILDUNGSCHANCEN UND KULTURELLE**
437 **TEILHABE FÜR ALLE**

438
439 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gleiche Bildungschancen für alle!**

440 Das gegenwärtige Bildungssystem vertieft soziale Ungleichheit durch mangelnde
441 frühkindliche Bildung, fehlende individuelle Förderung, Unterfinanzierung und frühzeitige
442 Auslese. Es zementiert soziale Ausgrenzung. Hier gilt es, mit aller Kraft gegenzusteuern,
443 denn Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht!

444
445 Für die LINKE ist lebensbegleitendes Lernen Erfordernis jeder modernen
446 Gesellschaftsentwicklung. Hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, ist eine
447 der wichtigsten Aufgaben von Politik.

448
449 Die Stärkung der frühkindlichen Bildung stellt einen besonderen Schwerpunkt der LINKEN
450 im Bildungsbereich dar. Hierzu sind die Personalausstattung in den Kindergärten an die
451 europäischen Normen heranzuführen, die Förderpädagogik auszubauen, einheitliche
452 Bildungsstandards umzusetzen und die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf
453 Fachhochschulniveau anzuheben. Zudem plädiert DIE LINKE für einen Rechtsanspruch auf
454 einen Kita-Platz.

455
456 Die LINKE will eine neue Schule für Thüringen. Eine solche grundlegende Veränderung wird
457 mittels Volksentscheid auf den Weg gebracht. Ziel ist die schrittweise Einführung des

458 längeren gemeinsamen Lernens aller Schüler bis zur Klasse 8. Grundschule und Regelschule
459 werden zur integrativen Regelschule zusammengefasst, an die sich ab Klasse 10 eine
460 gymnasiale Oberstufe bis zur Klasse 13 anschließen kann. Das Erreichen der Hochschulreife
461 über das Gymnasium ist von Klasse 9 bis Klasse 12 möglich. Ziel ist es, jedes Kind
462 entsprechend seiner Begabungen optimal zu fördern, kein Kind zurückzulassen und mit einer
463 sinnvollen Schulnetzplanung auch die Erhaltung kleinerer Schulen oder Schulteile zu
464 ermöglichen.

465
466 Die Schule soll als Lern- und Lebensort von Schülern und Lehrern ausgestaltet werden, in
467 dem Bildung und Erziehung gleichrangige Aufgaben darstellen und Raum für
468 Selbstentfaltung gegeben wird. Der Hort ist für uns unverzichtbarer Bestandteil der Schule.
469 Die Personalnot bei den Horterzieherinnen und Horterziehern wird beseitigt und offene
470 Ganztagsangebote werden in großer Breite ausgebaut. Das Personal wird bei einem
471 Arbeitgeber (derzeit beim Land) zusammengeführt. Der Ausbau des Angebots an gebundenen
472 Ganztagschulen mit rhythmisiertem Schulalltag entsprechend des Bedarfs wird unabhängig
473 von der Trägerschaft gefördert.

474
475 Bildungseinrichtungen, die soziale Ausgrenzung befördern, können keine gleichen
476 Bildungschancen bieten. Deswegen ist die Sicherung der Lernmittelfreiheit und die
477 stufenweise Gewährleistung einer gesunden und kostenfreien Ernährung an jeder
478 Kindertagesstätte und allgemein bildenden Schule Ziel der LINKEN. Pläne zur Aufhebung
479 der Lernmittelfreiheit durch die CDU müssen verhindert, die Kosten für Schulmaterial sozial
480 gestaltet und eine erhebliche Stützung des Schulessens als erster Schritt zur Kostenfreiheit aus
481 der Kraft des Landes herbeigeführt werden.

482
483 Verbesserungen im Bereich der Schulfinanzierung, Schulsanierung und der Personalpolitik
484 sind auf dem Weg zu einer besseren Bildung unerlässlich. Damit soll der sozialen Selektion
485 effektiv entgegengewirkt werden. Die Finanzierung von Bildung ist die wichtigste Investition
486 in die Zukunft Thüringen. Durch den Schülerrückgang freiwerdende Mittel dürfen deswegen
487 nicht abfließen, sondern müssen vollständig zur Qualitätsverbesserung von Bildung oder in
488 Investitionen eingesetzt werden. Neben der prinzipiellen Gleichbehandlung aller Lehrerinnen
489 und Lehrer (Schluss mit der Ungleichbehandlung von beamteten und angestellten Pädagogen)
490 muss endlich eine zukunftsorientierte Personalplanung, eine adäquate Entlohnung und eine
491 nennenswerte Neueinstellung junger Pädagogen durchgesetzt werden.

492
493 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Mehr Integration und Selbständigkeit an**
494 **den Schulen!**

495 In ihrem Bildungskonzept will die LINKE in Thüringen die Selbständigkeit und
496 Eigenverantwortung der Schulen und die Verantwortung der Kommunen für die Schule
497 entscheidend stärken. Die Schulen sollen in allen Fragen der Schul- und
498 Unterrichtsorganisation sowie der Lernqualität mehr Eigenverantwortung und Selbständigkeit
499 erhalten. Dies betrifft auch die Personalauswahl, die vollständige Verfügung über Budgets
500 und die Leistungsbewertung, wobei der Mitbestimmung der Eltern und Schüler eine wichtige
501 Rolle zukommt. Die staatlichen Schulämter sind mit den kommunalen Schulverwaltungen
502 zusammenzuführen, die inhaltlichen Kompetenzen der kommunalen Bildungsausschüsse und
503 der Schulverwaltungsämter sind entsprechend zu erweitern. Ein flächendeckendes und
504 wirksames Unterstützungs- und Beratungssystem für Kindereinrichtungen und Schulen ist zu
505 schaffen.

506 Die Zahl der Schulpsychologen ist deutlich zu erhöhen. Ein spezielles Landesprogramm
507 ermöglicht die Tätigkeit von Schulsozialarbeitern an jeder allgemein bildenden und
508 Berufsbildenden Schule.

509

510 Für die LINKE kommt es darauf an, alle förderpädagogischen Voraussetzungen zu schaffen,
511 um die Beschulung von Schülern mit besonderem Förderbedarf weitestgehend im Rahmen
512 des gemeinsamen Unterrichts an den allgemein bildenden und Berufsbildenden Schulen
513 durchführen zu können. Die Zahl an Förderpädagogen und sonderpädagogischen Fachkräften
514 an den allgemein bildenden und Berufsbildenden Schulen ist deutlich anzuheben

515

516 DIE LINKE streitet für eine Erhöhung der Jugendpauschale, mit der langfristig
517 Sozialarbeiterstellen gesichert und Angebote der Jugendhilfe bedarfsgerecht umgesetzt
518 werden.

519 Durch eine Ausfinanzierung des Landesjugendförderplanes soll zusammen mit
520 Jugendverbänden u.a. ein Fachreferentenprogramm gegen Rechtsextremismus aufgelegt
521 werden.

522 In der Jugendarbeit muss die Verbindlichkeit von Qualitätsstandards z.B. bei Streetwork und
523 bei den Häusern der offenen Tür wieder hergestellt und das geltende Fachkräftegebot, d.h.
524 durch qualifiziertes Personal, gesichert werden. DIE LINKE setzt sich in einzelnen Bereichen
525 der Jugendhilfe für konkrete Qualitätsstandards ein. Angestrebt wird, 1-Euro-Jobs und andere
526 Maßnahmen durch gemeinnützige öffentlich gefördert sozialversicherungspflichtige
527 Beschäftigung zu ersetzen.

528

529 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Ausbildungsplätze für alle Schüler!**

530 Um der Abwanderung junger Menschen entgegenzuwirken, müssen in Thüringen deutlich
531 mehr betriebliche Ausbildungsplätze mit ausreichender sozialer Absicherung und guten
532 Übernahmechancen geschaffen werden. Die LINKE wird sich mit einer
533 Ausbildungsplatzumlage für eine gesetzliche Regelung einsetzen, die die Ausbildungslasten
534 zwischen den Unternehmen gerecht verteilt und Unternehmen an Ausbildung stärker
535 interessiert. Im öffentlichen Dienst des Landes und der Kommunen sowie der öffentlichen
536 Körperschaften ist eine Ausbildungsquote von mindestens 6 Prozent zu gewährleisten.

537 Der Bereich der außerbetrieblichen Ausbildung und der Benachteiligtenausbildung bedarf
538 dringend der Neuordnung. Maßnahmen, die reine Warteschleifen sind, müssen abgeschafft
539 und ersetzt werden. Das Berufsvorbereitende Jahr (BVJ) ist durch praxisnahe modulare
540 Ausbildungsformen mit sozialpädagogischer Begleitung und effektiven Hilfen für den
541 Übergang in Arbeit zu ersetzen. Die Berufsschulpflicht wird auf 18 Jahre gesenkt.

542

543 Jugendliche ohne Ausbildungsentgelt und ohne Anspruch auf Bafög oder vergleichbaren
544 Leistungen, werden durch eine Landesausbildungsbeihilfe unterstützt. Die LINKE setzt sich
545 für eine soziale Mindestsicherung junger Menschen in Schule und Ausbildung ein.

546 Die Entwicklung der beruflichen Schulen soll sich entsprechend bei einer
547 Berufsschulnetzplanung des Landes vollziehen, an der alle wesentlichen Akteure beteiligt und
548 die demografischen Probleme berücksichtigt werden.

549

550 Zur Sicherung der Qualität in der Berufsbildung und Berufsberatung setzt sich die LINKE für
551 die Wiedereinführung der Ausbildereignungsverordnung, für regelmäßige Kontrollen der
552 Ausbildungsqualität sowie für die Sicherung der Mitspracherechte von
553 Auszubildendenvertretungen ein – dies gilt auch für außerbetriebliche und vollzeitschulische
554 Einrichtungen. Polytechnische Bildung und Berufswahlorientierung werden in die Lehrpläne
555 der allgemein bildenden Schule integriert. Das Landesprogramm „Berufsstart“ wird auf alle
556 Schulen ausgedehnt. Damit soll die Zahl der Schul- und Ausbildungsabbrecher deutlich
557 gesenkt werden.

558

559 Neben schulischer, beruflicher und universitärer Bildung kommt vor allem der allgemeinen
560 und beruflichen Weiterbildung Bedeutung zu. Hierfür wollen wir ein
561 Bildungsfreistellungsgesetz und ein Erwachsenenbildungsgesetz, die die notwendigen
562 Rahmenbedingungen schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Netz an Volkshochschulen
563 und anderen Weiterbildungsträgern nicht ausgedünnt wird.

564

565 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine neue Wissenschaftspolitik!**

566 Hochschul- und Forschungspolitik müssen Kernstücke der Entwicklungs- und Standortpolitik
567 des Landes und folgerichtig auch seiner Investitions- und Finanzpolitik sein. DIE LINKE will
568 offene, soziale und demokratische Hochschulen gestalten, an denen ein solidarisches Lernen -
569 für alle, von Anfang an und ein Leben lang - ermöglicht wird. Eine kritische,
570 emanzipatorische und kooperative Wissenschaft ist der Grundstein für eine freie und
571 unabhängige Forschung und Lehre.

572 Ein Studium soll wissenschaftliche Methoden vermitteln, mit denen die Studierenden zu
573 selbständiger Problemlösung befähigt werden. Es geht um die Einübung der Fähigkeit zum
574 Denken und Arbeiten durch wissenschaftliches Lehren und selbstständiges Lernen, sozusagen
575 als eine reflektierende Aneignung von Wissenschaft.

576

577 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für ein gebührenfreies Studium!**

578 DIE LINKE setzt sich zum Ziel, die Studienanfängerquote in den nächsten fünf Jahren auf 50
579 Prozent der Abiturientinnen und Abiturienten zu erhöhen. Dazu wird ein Anreiz- und
580 Stipendienprogramm erlassen, welches für die Thüringer Hochschulstandorte wirbt.
581 Weiterhin bedarf es einer deutlichen Einflussnahme in Bundesrat und
582 Kultusministerkonferenz zur Beibehaltung bzw. Festlegung bundesweit einheitlicher
583 Standards bei Studienabschlüssen, um den bildungspolitisch kontraproduktiven Beschlüssen
584 der Föderalismusreform entgegenzuwirken.

585

586 Wir gewährleisten den gleichen, freien und unentgeltlichen Zugang zu allen öffentlichen
587 Hochschuleinrichtungen. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab und wird den
588 Verwaltungskostenbeitrag abschaffen. Zudem streben wir langfristig ein elternunabhängiges,
589 bedarfsdeckendes BAföG für alle Studierende ohne Rückzahlungspflicht an. Bei
590 abgeschlossenem Bachelorstudium wird das Recht auf freien Zugang zum Master eingeführt.
591 DIE LINKE wird mit Ansiedlungsstipendien bundesweit um Studierende werben.

592

593 Das Thüringer Studentenwerk soll ohne Erhöhung der Semesterbeiträge besser gestellt
594 werden. Mit Mitteln aus dem Bundesprogramm „Soziale Stadt“ und im Dialog mit
595 kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sowie Wohnungsbaugenossenschaften wird ein
596 Programm „Studentischer Wohnraum“ angestrebt, das günstigen Wohnraum für Studierende
597 sichern soll.

598

599 Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes haben dafür Sorge zu tragen, dass
600 in ihren Einrichtungen künftig keine prekären Beschäftigungsverhältnisse mehr auftreten.
601 Ein-Euro-Jobs sollen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Das Land
602 wird im Rahmen seiner rechtlichen und politischen Möglichkeiten die Tarifparteien bei der
603 Vereinbarung eines Tarifvertrags für studentische Beschäftigte an den Thüringer Hochschulen
604 unterstützen. Es strebt dabei einen Mindeststundenlohn von 8 Euro an.

605

606 Wir werden das Hochschulgesetz novellieren und das Entscheidungsrecht bei der Hochschule
607 für ihre innere Verfasstheit und Wahlfreiheit für Rektorat- oder Präsidialverfassung belassen.
608 Struktur und Bildungsangebote bleiben in der Hoheit der Hochschulen. Die Autonomie der
609 Hochschulen umfasst auch die vollständige Verfügung über die Budgets; das Land wahrt die

610 öffentliche Verantwortung, die Detailsteuerung obliegt den Hochschulen. Wir wollen
611 gesetzlich regeln, dass in allen demokratisch organisierten Hochschulgremien auch alle
612 Mitglieder und Angehörigen der Hochschulen paritätisch beteiligt sind. Die verfasste
613 Studierendenschaft erhält das politische Mandat, die „Konferenz Thüringer
614 Studierendenschaft“ wird zur rechtsfähigen Körperschaft erhoben und die
615 Landeshochschulkonferenz wieder eingeführt.

616
617 Die LINKE wird ein Landesprogramm für die Förderung von Frauen in der Wissenschaft
618 auflegen mit dem Ziel, mehr Frauen für Promotion und Habilitation zu gewinnen und die
619 Anzahl der Professorinnen deutlich zu erhöhen. Den Fachhochschulen soll das
620 Promotionsrecht gewährt und der Abbau von Geisteswissenschaften wird gestoppt werden.

621
622 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Perspektiven für Forschung und**
623 **Technologie!**

624 Eines der wichtigsten Standbeine Thüringens ist der Bereich von Forschung und Technologie.
625 Exzellenz kann entwickelt werden, damit können innovative und dauerhafte Arbeitsplätze
626 geschaffen werden. Spitzenforschung lässt sich dauerhaft aber nur auf der Grundlage einer
627 breiten und finanziell gefestigten Basis etablieren.

628 Dazu will DIE LINKE die Potenziale von Hochschulen außeruniversitären
629 Forschungseinrichtungen, wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen, Industrie- und
630 Berufsakademien gezielt stärken. Personalbudgets werden ausfinanziert und flexibilisiert.

631 Existenzgründungen aus Hochschulen werden mit einem eigenen Förderprogramm begleitet,
632 ebenso die Entwicklung von Technologietransferzentren. Die Ausgaben für Begleitforschung
633 und Technologiefolgenabschätzung werden erhöht.

634 DIE LINKE plant die Schaffung eines Landeswissenschaftsrates, der sowohl die Erstellung
635 von Wissenschafts- und Technologiekonzeptionen und deren Umsetzung begleitet und die das
636 Land bei der Ausrichtung der Förderprogramme unter Wahrung der Freiheit von
637 Wissenschaft und Forschung berät.

638 Die Stiftungen sollen noch stärker für die Förderung von Forschung und Entwicklung
639 gewonnen werden.

640 Die wissenschaftliche Forschung sollte ausgehend von demokratischen Entscheidungen auf
641 die entscheidenden ungelösten Probleme der Gesellschaft konzentriert werden. Abgelehnt
642 werden Patente auf Gene von Lebewesen oder Teilen von Lebewesen.

643
644 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Ein neuer Stellenwert für die Kultur!**

645 Der Zugang zu Kultur für jede und jeden ist für DIE LINKE ein unverzichtbares Ziel. Kultur
646 braucht nicht nur einen neuen Stellenwert, sondern muss als wertvolle Ressource, als
647 bedeutender Standortfaktor verstanden werden.

648 Kultur muss auch als Teil der sozialen Frage ernst genommen werden. Wir treten deshalb für
649 den kostenfreien Zugang zu Kultur für Kinder und Jugendliche und sozial Benachteiligte und
650 für die breite Integration kultureller Angebote in die Bildungspläne der Kindergärten und
651 Schulen ein.

652
653 Die LINKE plädiert für eine Kulturfinanzierung in gemeinsamer Verantwortung von Land
654 und Kommunen. Ein „Kulturlastenausgleich“ unter hälftiger Mitfinanzierung des Landes soll
655 in den Thüringer Regionen zur planvollen Kulturentwicklung beitragen und einen sicheren
656 Rahmen für die abgestimmte Entwicklung von Projekten mit überregionaler Bedeutung wie
657 von gemeindlichen Initiativen schaffen.

658
659 Die Potenzen von Kultur für Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entfaltung müssen deutlich
660 besser genutzt werden als bisher. DIE LINKE will deswegen ein langfristiges Programm

661 „Fachkräfte im Bereich der Soziokultur“. Es soll das bestehende Projektmanagerprogramm
662 erweitern und sowohl im Jugendbereich wie auch für die kulturelle Teilhabe von älteren
663 Menschen Angebote in der Fläche ermöglichen. Schwerpunktmäßig sind vor allem Angebote
664 für Kultur-Tourismus und Inseln für die Kreativwirtschaft zu fördern und zu entwickeln, unter
665 anderem sind hier die günstige Verpachtung geeigneter Gebäude und
666 Existenzgründungsprogramme geplant.

667
668 Das Land Thüringen verfügt über eine einzigartige reiche Kulturlandschaft, deren Schutz und
669 Pflege für DIE LINKE Verpflichtung ist. Sie bekennt sich darum zu den vielfältigen
670 kulturellen Aktivitäten im Freistaat, so z.B. zu 90 Jahre Bauhaus, zur Luther-Dekade 2007-
671 2017 oder zu den Bach-Wochen.

672 Die Stadt Weimar muss als Knotenpunkt vieler wichtiger historischer und kultureller Bezüge
673 besondere Aufmerksamkeit erfahren. Der Ausbau Weimars als Stätte der Klassik und des
674 Bauhauses, aber auch als Ort demokratischer Prozesse und brutaler Unterdrückung in der
675 deutschen Geschichte kann und muss die Stadt zu einem Lernort von internationaler
676 Bedeutung werden lassen.

677 Verfolgung und Widerstand gehören zu den Grundbestandteilen der Erinnerungskultur in
678 Deutschland. Wer auf sie zurückblickt, sollte sie in ihren Voraussetzungen, in ihrer
679 Entwicklung und Entfaltung und zugleich auch in ihren Konsequenzen sehen. Darum wird die
680 intensive Unterstützung der Arbeit der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie
681 der Erhalt weiterer Erinnerungsstätten generell ein untrennbarer Bestandteil der Politik der
682 Partei DIE LINKE sein.

683
684 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für die langfristige Sicherung der**
685 **kulturellen Substanz!**

686 Die Theater des Freistaates Thüringen sind für DIE LINKE weit mehr als bloße
687 Kultureinrichtungen, vielmehr stellen sie zugleich soziokulturelle und Bildungszentren für die
688 Regionen dar. DIE LINKE will mit allen Akteuren im Bereich von Theatern und Orchestern
689 ein langfristiges Wirtschafts- und Betreiberkonzept erarbeiten, um künstlerische Qualität und
690 Vielfalt, die Erhaltung der Standorte sowie von Einrichtungen und Arbeitsplätzen zu
691 ermöglichen. Dies soll zu einem Theater- und Orchesterverbund führen, in dem auch das
692 Land seine Verantwortung wahrnimmt.

693
694 Denkmalpflege in ihrer Ganzheit soll in Zukunft einen neuen Stellenwert erhalten. Dieser
695 Bereich ist nicht nur identitätsstiftend, sondern stellt ein wichtiges Mittelstands- und
696 Tourismusförderprogramm dar. DIE LINKE setzt sich darum dafür ein, die Mittel für die
697 Denkmalpflege zu erhöhen und ein eigenes Landesprogramm zu verabschieden. Im
698 Mittelpunkt stehen dabei nicht nur die direkten Denkmalschutzmittel, sondern auch der
699 Ausbau der personellen Ressourcen und der Forschungskapazitäten sowie die Schaffung eines
700 Denkmalpflegezentrums auf dem Erfurter Petersberg.

701
702 Die vielfältige Museenlandschaft Thüringens gilt es zu erhalten. Gemeinsam mit dem
703 Museumsverband will DIE LINKE langfristige Strategien nicht nur zum Erhalt des Status
704 quo, sondern zur Erhöhung der Attraktivität und der Vielfalt entwickeln.

705 DIE LINKE spricht sich auch für die Förderung der Erinnerungsorte an die Teilung
706 Deutschlands in der Epoche des Kalten Krieges, wie z.B. Point Alpha, aus, um damit eine
707 Akzentsetzung in der notwendigen Geschichtsaufarbeitung in der Thematik Teilung und
708 Grenze vorzunehmen.

709
710 DIE LINKE setzt sich für verbindliche gesetzliche Regelungen zum Schutz von
711 Kultureinrichtungen mit einem besonderen Bildungsauftrag (z.B. Bibliotheken,

712 Musikschulen, Jugendkunstschulen) ein. Ziel ist die langfristige Sicherung von qualitativen
713 Standards und die Beseitigung sozialer Barrieren.

714

715 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Erhalt und Neudefinition des öffentlich-**
716 **rechtlichen Rundfunks!**

717 Medienkommunikation und Information prägen unsere Wissenshorizonte, berühren
718 Grundfragen demokratischer Beteiligung. Dazu sollen sie Aufklärung und Bildung fördern,
719 Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung an politischen Entscheidungen befähigen und in
720 Kontrollmöglichkeiten einbeziehen. Medien müssen der Gesellschaft und dem Individuum die
721 Möglichkeit geben, sich vielstimmig zu artikulieren.

722 Die Aufgaben und der Stellenwert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollen durch die
723 Novellierung der MDR- und ARD-Rundfunkstaatsverträge neu definiert und der
724 Medienstandort Thüringen gestärkt werden.

725 DIE LINKE setzt sich konsequent dafür ein, das vorhandene Einsparpotentiale bei der
726 Festsetzung neuer Rundfunkgebührenerhöhungen stärker berücksichtigt,
727 Befreiungstatbestände sozial ausgestaltet sowie Mehrfachzahlungen von GEZ-Gebühren
728 abgeschafft werden. Der Empfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss für alle
729 bezahlbar bleiben.

730

731 DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass der Breitbandanschluss als Universaldienst der
732 Telekom überall zur Verfügung steht und keine digitale Spaltung der Gesellschaft existiert.

733 DIE LINKE tritt für den Erhalt und die Entwicklung der Bürgermedien, d. h. offene Kanäle,
734 nichtkommerzielle Anbieter sowie freie Radios und des Schulfunks ein. Sie sollen die
735 Medienlandschaft in ihrer Vielfalt ergänzen.

736 Um Medienkompetenz zu entwickeln, muss es einen ungehinderten Zugang zum Internet in
737 Hochschulen, Bibliotheken sowie in kommunalen Einrichtungen geben.

738 DIE LINKE setzt sich weiterhin für die Stärkung der demokratischen Kontrollmöglichkeiten
739 der Medien durch Rundfunkräte, Redaktionsstatuten und Zuschauerbeiräte ein.

740 Die Ansiedlung von Film- und Fernsehmachern im Kinder- und Jugendbereich fördert DIE
741 LINKE durch Produktionskostenzuschüsse, Bürgschaften für Kredite und
742 Ausbildungsförderung für Künstler und Kulturmanager. Zudem setzt sie sich für einen
743 Medienpreis für Kinder- und Jugendproduktionen ein, der auf dem Thüringer
744 Mediensymposium verliehen wird.

745

746 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Sportförderung ist Pflichtaufgabe!**

747 DIE LINKE betrachtet Sport als hohes Kulturgut.

748 Sport stellt eine Querschnittsaufgabe sowohl in Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und
749 Familienpolitik, Kinder- und Jugendpolitik, aber auch in Tourismus, Wirtschafts- und
750 Umweltpolitik dar.

751 DIE LINKE sieht das Ziel einer Sportförderung in Erhaltung und Fortentwicklung einer
752 leistungsfähigen Sportinfrastruktur, die auch durch den Bund und die Länder gewährleistet
753 werden muss. Sportangebote müssen sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für
754 Seniorinnen und Senioren, einschl. der Ausbildung von Übungsleitern und -betreuern und der
755 ständige Qualifizierung auch im Behinderten- und Rehabilitationssport garantiert werden.

756 DIE LINKE betrachtet Sportförderung als Pflichtaufgabe der Kommunen.

757 Sportförderung umfasst den Breiten- und Spitzensport, den Nachwuchsleistungssport,
758 Sportwissenschaften und Sportmedizin.

759 DIE LINKE sieht in einer Erhöhung der Landesmittel für den Sportstättenbau einen
760 zwingenden Weg zur Verbesserung der Sportstättensituation, besonders auch der Frei- und
761 Hallenbäder. Es wird sich für eine Wiederauflage eines Programms zur Turnhallensanierung
762 durch das Land eingesetzt. Mit Blick auf eine stabile und nachhaltige Finanzierung des Sports

763 und seiner Organisationen soll mittelfristig über eine durch den Landeshaushalt festgelegte
764 institutionelle Förderung, unabhängig von Lottoeinnahmen, diskutiert bzw. eingeführt
765 werden.

766
767 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für interreligiöse Kommunikation!**

768
769 DIE LINKE nimmt die religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisse jedes Einzelnen ernst.
770 Die Trennung von Kirche und Staat beinhaltet für die LINKEN einen achtungsvollen Umgang
771 und Respekt vor den Aufgaben der anderen. Dies gilt ausdrücklich auch für das Wirken der
772 Kirchen im öffentlichen Raum. Dabei stehen Kooperation und Kommunikation im
773 Vordergrund. Sowohl die Verständigung zwischen den Religionsgemeinschaften ist Teil
774 dieses gesellschaftlichen Austausches als auch die Verständigung zwischen Religionen auf
775 der einen und der großen Mehrheit der sich als nicht religiös verstehenden Thüringerinnen
776 und Thüringer auf der anderen Seite.

777 DIE LINKE wird ihren aktiven Beitrag zur Ausgestaltung der Luther-Dekade bis zum 500.
778 Jahrestag des Anschlags der 95 Thesen im Jahre 2017 leisten.

779

780

781

782 **UNSER LEITPROJEKT: MENSCHENWÜRDIGE UND EXISTENZSICHERNDE**
783 **ARBEITSPLÄTZE FÜR FRAUEN UND MÄNNER - THÜRINGENS WIRTSCHAFT**
784 **STÄRKEN**

785

786 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Sozialökologischer Umbau durch**
787 **Innovationen in der Regionalwirtschaft!**

788 Die Wirtschaftsstruktur ist kleinteilig, über 74 % der Unternehmen haben weniger als 10
789 Beschäftigte, 95 % weniger als 50. Viele Menschen sind abgewandert oder pendeln zur Arbeit
790 über Thüringer Grenzen hinaus oder haben sich selbständig gemacht. Prekäre Beschäftigung
791 hat große Ausmaße angenommen. Es besteht ein grundlegendes Defizit von Existenz
792 sichernden Arbeitsplätzen. Andererseits sind Firmen in zahlreichen Branchen entstanden, wie
793 die Solarenergie, Optik, denen eindeutig die Zukunft gehört. Thüringen bietet zudem gute
794 Chancen, Vorreiter für ein nachhaltiges Wirtschaften zu werden.

795

796 Grundlegende Ziele LINKER Wirtschaftspolitik sind die Erhaltung und Schaffung Existenz
797 sichernder Arbeitsplätze, ein sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft, einer sich selbst
798 tragenden wirtschaftlichen Entwicklung und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am
799 Arbeitsmarkt. Im Kern geht es um Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, die Stärkung und
800 Förderung regionaler Wertschöpfung, um die Erschließung von neuen Wirtschaftsfeldern und
801 Zukunftsbranchen. Kurzfristige Potenziale zur Schaffung von Arbeitsplätzen liegen vor allem
802 in den Bereichen Klimaschutz/Energie, in der kommunalen Daseinsvorsorge, in der Kultur
803 und im Tourismus. Langfristige Potentiale sind vor allen in den wissens- und
804 forschungsbasierten Bereichen zu sehen. Mit Wirtschaftswachstum allein kann jedoch das
805 gesamtgesellschaftliche Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht gelöst werden.

806

807 DIE LINKE plädiert für eine generelle Bestandaufnahme bei der Förderpolitik. So sollen alle
808 bisherigen Förderprogramme auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Dazu sind Kriterien und
809 Zielformulierungen zu entwickeln und alle Förderrichtlinien entsprechend zu überarbeiten,
810 die Gesamtzahl der Programme ist zu reduzieren. Die im Jahr 2010 anstehende Evaluierung
811 der EU- Programme ist zur Überprüfung der Ziele der operationellen Programme der EU zu
812 nutzen und in Abstimmung mit den EU-Gremien sowie den regionalen Akteuren weiter zu
813 qualifizieren. Darüber hinaus sind die Ressorts der Landesregierung und ihre jeweiligen

814 Förderprogramme stärker zu vernetzen, um ein besseres Zusammenwirken insbesondere bei
815 komplexen Aufgaben mit dem Ziel von nachhaltigen Effekten zu erreichen.

816 Die Ministerien sollen ein gleichstellungspolitisches Programm erarbeiten, das in allen
817 Ressorts und Politikfeldern zur Verbesserung der Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt
818 und in der Gesellschaft beiträgt.

819
820 DIE LINKE wird, um beschäftigungspolitische Effekte insbesondere durch die Förderung von
821 Zukunftsbranchen, bei öffentlichen Dienstleistungen und der Infrastruktur zu erzielen, die
822 Entstehung von Arbeitsplätzen fördern und um Mittelstand und Handwerk zu stärken, ein
823 öffentlich finanziertes „Thüringer Zukunftsinvestitionsprogramm“ erarbeiten. Um
824 Infrastrukturprojekte innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe stärker zu unterstützen und zu
825 fördern, werden die Anteile der innerbetrieblichen und Infrastrukturförderung auf das
826 Verhältnis 60:40 geändert.

827
828 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Stärkere Förderung der einheimischen**
829 **Unternehmen und des Handwerks!**

830 Wir wollen die „Globalisierung regional gestalten“. Ein Schwerpunkt der Förderprogramme
831 wird besonders die gezielte Förderung der einheimischen Wirtschaft und von regionalen
832 Wirtschaftskreisläufen sein. Priorität genießt bei der Wirtschaftspolitik die Förderung der
833 ansässigen Potentiale. Konkret unterstützt wird in Zukunft auch die Entwicklung von
834 Genossenschaften, um die gleichberechtigte Förderung von Unternehmen aller
835 Eigentumsformen zu realisieren. Dazu wird ein Thüringer Genossenschaftsgesetz erarbeitet.
836 Initiiert werden soll die Schaffung einer neuen Rechtsform „Kleine
837 Genossenschaft“/„Wirtschaftlicher Verein“/„Kooperativgesellschaft“.

838
839 In Thüringen sollen kleine und mittlere Unternehmen und das einheimische Handwerk
840 Vorfahrt haben. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung, sind
841 bodenständig und regional verwurzelt. Wirtschaftsförderung ist stärker in Darlehensform zu
842 gewähren. Die in Thüringen bisher durch die Landesregierung angekündigten bzw.
843 eingerichteten Fonds zur Förderung von Zuschüssen und Darlehen für kleine und mittlere
844 Unternehmen und das Handwerk sind deshalb in ihrem Volumen deutlich aufzustocken.

845
846 Zu Unterstützung der klein- und mittelständischen Unternehmen und des Handwerks wird
847 DIE LINKE ein modernes „Mittelstandsfördergesetz“ vorlegen. Das Gesetz soll u. a. die
848 Zusammenarbeit und Vernetzung zahlreichen Selbstständigen und Freien Berufen als
849 Einzelunternehmen fördern und unterstützen. Zu berücksichtigen sind auch die spezifischen
850 Probleme der kleinen und Kleinstunternehmen, wie Vertriebsstrukturen, Marketing/Werbung,
851 Marktzugang, Bedarf an Mikrodarlehen.

852 Unternehmen, die unverschuldet in Not geraten sind, sollen durch eine Taskforce im
853 Wirtschaftsministerium, die mit den Kommunen eng verknüpft ist, Hilfe zur Selbsthilfe
854 erhalten. Die Einrichtung eines Liquiditätsfonds und von Zins- und Darlehensmoratorien
855 werden geprüft.

856
857 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Existenz sichernde Löhne anstatt**
858 **Lohndumping!**

859 DIE LINKE wendet sich gegen alle Formen der Niedriglohnbeschäftigung, wie z.B.
860 Leiharbeit oder kostenlose Dauer-Praktika junger Absolventen. Um Lohndumping bei der
861 Vergabe öffentlicher Aufträge zu vermeiden, ist die Einführung eines „Thüringer
862 Mindestlohn- und Vergabegesetzes“ nötig. Im Mittelpunkt steht das Gebot, öffentliche
863 Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die Tariflöhne und die Existenz sichernde
864 Mindestlöhne nicht unter 8 Euro pro Stunde zahlen. Weitere Kriterien werden sein, dass es

865 sich um Unternehmen handelt, die Menschen mit Behinderung einstellen, die
866 überdurchschnittlich aus- und weiterbilden, die Chancengleichheit befördern und
867 familienfreundlich sind. Darüber hinaus werden weitere soziale und ökologische Kriterien
868 definiert. Das Gesetz soll auch den Rahmen für Anforderungen an planerische Leistungen z.
869 B. betriebliche Energie sowie Regelungen zu Zahlungsmodalitäten bei öffentlichen Aufträgen
870 einschließlich von Pfändungsrechten der Auftragnehmer enthalten. Zur Reduzierung der
871 Vergaben an Großunternehmer ist einer ausgeweitete Losweisen Vergabe Vorrang
872 einzuräumen. Nachbesserungen zum „Forderungssicherungsgesetz“, welche mit Kammern
873 und Verbänden sowie Gewerkschaften abgestimmt werden, soll durch eine
874 Bundesratsinitiative vorbereitet werden.

875
876 Wir werden ein komplexes Programm „Thüringer Initiative für Bildung und Arbeit“
877 verabschieden. Es dient dazu, die Aus- und Weiterbildung zur Sicherung des künftigen
878 Fachkräftebedarfes als Bestandteil einer zukunftsorientierten Struktur- und
879 Beschäftigungspolitik und der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu organisieren. Darüber
880 hinaus befürwortet DIE LINKE entsprechend dem Bedarf eine Erweiterung der
881 Berufsakademien, die sich mit ihrer praxisnahen Ausbildung gut etabliert haben.

882
883 Um die Unterstützung ansiedlungswilliger Unternehmen effektiver und unbürokratischer zu
884 gestalten, werden in Zusammenarbeit mit der Landesentwicklungsgesellschaft und den
885 Kammern die Bestandspflege bestehender Unternehmen, Beratungs- und Coachingangebote
886 für Existenzgründerinnen und Existenzgründer, die begleitende Betreuung von Ansiedlungen
887 und Rückkehrerinitiativen forciert.

888
889 Die Thüringer Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene muss sich wesentlich stärker
890 als bisher auf ihre Servicefunktion gegenüber Investoren und Unternehmen orientieren. Dafür
891 müssen Zuständigkeiten gebündelt, Investitionshemmnisse abgebaut und Verfahrensfragen
892 auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Ziel der Anstrengungen ist der Aufbau einer
893 serviceorientierten Verwaltung, die das Know How der Wirtschaftsförderung bündelt und
894 Unternehmen problemlösungsorientiert (Qualifizierung, Markterschließung, Liquidität) zur
895 Seite steht. In der Staatskanzlei soll ein „Obmann für Verwaltungsmodernisierung“
896 geschaffen werden, der als Ansprechpartner bei Bürokratiehemmnissen zur Verfügung steht
897 sowie Anregungen zur Verwaltungsmodernisierung aufnimmt und in die Ressorts einspeist.

898 Die Partei DIE LINKE wird in Regierungsverantwortung eine Reihe Initiativen auf den Weg
899 bringen, um für solche Verbesserungen zu streiten. Wir planen für diese Zeit mehrere
900 Bundesratsinitiativen zu gesetzlichen und Existenz sichernden Mindestlöhne zur Sicherung
901 des Lebensunterhalts, zur Stärkung der Kaufkraft, zur Einführung einer armutsfesten und
902 Existenz sichernden sozialen Grundsicherung und die Verteidigung von sozialen und
903 Arbeitnehmerrechten sowie zur Stärkung von Betriebsräten und Gewerkschaften.

904
905 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Mit Innovationen Arbeitsplätze schaffen!**
906 Eines der wichtigsten Standbeine Thüringens ist der Bereich von Forschung und Technologie.
907 Damit können innovative und nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden. Thüringen hat im
908 Bereich der Forschung an Unternehmen deutlichen Nachholbedarf. Wir wollen darum ein
909 Standortmarketing, das sowohl weiche als auch harte Standortfaktoren, wie z.B. Bildung,
910 Kultur und Infrastruktur, umfasst. Voraussetzung dafür ist sozialökologischer Umbau unter
911 Wahrung und Entwicklung kultureller Gegebenheiten. Wir wollen die Bündelung der
912 Forschungsförderung. Kernstück ist ein ausgewogenes Verhältnis von Grundlagen- und
913 angewandter Forschung; die Förderung von Zukunftstechnologiekonzepten (Energiewende,
914 Informatik, Optik, Altersforschung, Medizintechnik usw.) und Branchenclustern. Die
915 spezifische Förderung von Forschungs- und Entwicklungs-Strukturen in Clustern und

916 Netzwerken wird als vorrangiges Ziel verfolgt. Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen
917 Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft wichtige Voraussetzung. DIE LINKE
918 will, dass in Zukunft Unternehmen steuerliche Vergünstigungen für Investitionen in
919 Forschung und Entwicklung erhalten. Ein Programm für technologieoffene Förderung von
920 Kooperationen zwischen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen soll aufgelegt
921 werden. Technologie- und Gründerzentren werden durch das Land anteilig finanziert.

922

923 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Neue Ansätze in der**
924 **Arbeitsmarktförderung!**

925 Auf der Grundlage eines Thüringer Landesarbeitsmarktprogramms soll der Ausbau von
926 Dienstleistungen der Daseinsvorsorge durch öffentlich finanzierte Beschäftigung unter
927 Nutzung der vorhandenen Förderinstrumente zielgerichtet entwickelt werden. Wichtigste
928 Kriterien dafür sind, die Maßnahmen müssen versicherungspflichtig und Existenz sichernd,
929 freiwillig und langfristig - für Ältere unbefristet - sein. In Zusammenarbeit mit den
930 Kommunen, Landkreisen und Freien Trägern sollen längerfristige (mindestens dreijährige)
931 Arbeitsplätze geschaffen werden. Hierbei soll auf die gleichberechtigte Beteiligung von
932 Frauen geachtet werden.

933

934 Um neue, innovative Ansätze erproben zu können, ist die Förderung von Modellprojekten der
935 aktiven Arbeitsmarktpolitik (z.B. Zentren der Neuen Arbeit) nötig. Um dabei finanzielle und
936 inhaltliche Synergieeffekte in der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu erreichen, soll eine
937 Rahmenvereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit abgeschlossen werden.

938

939 Von grundsätzlicher Bedeutung für DIE LINKE sind die Zusammenarbeit mit den
940 Sozialpartnern und die Stärkung der Betroffenen- und Erwerbsloseninitiativen, u.a. durch
941 Wiedereinführung der Förderung von unabhängigen Beratungsstellen für Arbeitslose.

942

943 Wir werden das Gesamtsystem der Landesunternehmen einer generellen Aufgabenkritik
944 bezüglich möglicher Aufgabendopplung und der jeweiligen Zielkriterien unterziehen. Daraus
945 sollen dann klare Vereinbarungen und Ziele für ihr Agieren definiert werden. Gleichzeitig ist
946 die Beteiligung des Landes an privaten Wirtschaftsunternehmen kritisch zu überprüfen. Der
947 Beteiligungsbericht des Freistaats Thüringen ist zu erweitern und Ziele der Beteiligung,
948 Aufgaben der Unternehmen, Umfang der staatlichen Förderung bzw. Unterstützung, geplante
949 Dauer der Beteiligung, Stand der Akquise privater Investoren sind darzustellen. Der Aufbau
950 einer „Landesdienstleistungsgesellschaft“ ist zu prüfen.

951

952 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für einen ganzheitlichen Tourismus!**

953 Der Tourismus in Thüringen hat für DIE LINKE eine besondere kulturelle, soziale,
954 ökologische und wirtschaftliche Bedeutung. Sie wird sich für einen sozial gerechten,
955 barrierefreien und ökologisch verantwortbaren Tourismus einsetzen. Dabei wollen wir
956 konkret solche Projekte fördern, die attraktive bezahlbare touristische Angebote auch für
957 sozial Schwache entwickeln und anbieten. Wir wollen den Kinder und Jugendtourismus
958 zielgerichtet in Thüringen ausbauen („Junges Land für junge Leute“). Die Barrierefreiheit, als
959 ein bedeutendes Qualitätskriterium, soll konsequent umgesetzt und über
960 Qualitätswettbewerbe die Familien- und Kinder- sowie Seniorenfreundlichkeit weitergeführt
961 bzw. neu ausgerichtet werden. Wir wollen den Tourismus auch als einen wirtschaftlichen
962 Pfeiler etablieren, denn dort liegt ein erhebliches kurzfristig zu aktivierendes und nachhaltiges
963 Arbeitsplatzpotential. Darum wird die Förderung in diesem Bereich finanziell und inhaltlich
964 deutlich aufgewertet und neu ausgerichtet.

965 Tourismusschwerpunkte Thüringens sind neben der Initiative „Lust auf Natur“ in erster Linie
966 die großen kulturellen und kunsthistorischen Güter des Landes. Alle Tourismusformen

967 werden aufeinander abgestimmt und ein entsprechendes Gesamtprogramm umgesetzt. Dazu
968 gehört für uns die touristische Vermarktung des Thüringer Waldes mit dem „Rennsteig“ als
969 einzigartige Destination in Thüringen und der Ausbau des Städte- und Kulturtourismus. Die
970 frühere Kleinstaaterei mit ihrer Vielfalt an einstigen Residenzen bietet einmalige Chancen zu
971 einer Unverwechselbarkeit. In diesem Zusammenhang sowie mit der Wirtschaftsförderung ist
972 die bessere Ausstattung mit Denkmalschutzkapazitäten zu sehen. Wir setzen uns aktiv ein für
973 den weiteren Ausbau des Wintertourismus und die stärkere touristische Vermarktung von
974 Wintersportevents und stehen für die weitere Entwicklung des Kur-, Gesundheits-, und
975 Wellness-Tourismus. Unabdingbar bleiben auch ein weiterer Ausbau des touristischen
976 Radwegenetzes und die ökologisch verantwortbare touristische Nutzung der
977 Großschutzgebiete unter der Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“, mit dem
978 Schwerpunkt der Umweltbildung und eine stärkere Zusammenarbeit mit betreffenden anderen
979 Bundesländern sowie die touristische Nutzung historischer Erinnerungsorte.

980

981 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Raumordnung, Landesplanung und**
982 **Stadtentwicklung an der Nachhaltigkeit orientieren!**

983 DIE LINKE wird die Raumordnung und die Landesplanung unter Ausschöpfung der
984 landesgesetzlichen Spielräume nach den Erfordernissen einer nachhaltigen Gesellschafts- und
985 Wirtschaftspolitik novellieren. Schwerpunkte sind für uns dabei die Hervorhebung der
986 erneuerbaren Energien als vorrangigen öffentlichen Belang, die Überwindung von
987 Zersiedelungen und die Eindämmung des Flächenverbrauchs, aber auch die Berücksichtigung
988 demographischer Fakten. Ziel ist eine flächen- und umweltschonende sowie energie- und
989 kostensparende Infrastruktur. In diesem Sinne sind auch die Vorhaben der
990 Stadtentwicklungsplanung zu gestalten. Ökologische Konzepte und vorhandene Sparten, wie
991 das Kleingartenwesen, sind in ihrer Bedeutung zu stärken.

992 Mit den landespolitischen Kompetenzen für die Raumordnung sollen auch das Baurecht und
993 das Kommunalrecht sowie die Ausbildungs- und Mittelstandsförderung hin zu einer
994 ressourceneffizienten Wirtschaftsweise angepasst werden. Auch hier gilt es die
995 Beteiligungsrechte von Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern sowie von Verbänden in den
996 Planungsverfahren zu stärken und die Fristen angemessen zu gestalten.

997

998 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Die Entwicklung ländlicher Räume**
999 **stärken - Schonender Umgang mit Ressourcen!**

1000 Die Entwicklung der ländlichen Räume ist ein wichtiger Teil der Wirtschaftsentwicklung
1001 Thüringens und erfordert eine abgestimmte Strategie zwischen Wirtschaftsförderung,
1002 Tourismusentwicklung, und Daseinsvorsorge. Das Ziel der Partei DIE LINKE ist es,
1003 gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Thüringens zu erhalten, d.h. Versorgung
1004 mit Gesundheitseinrichtungen, Bildungseinrichtungen (von der Kita bis zur Schule) Kultur
1005 und Mobilität, also öffentlichem Nahverkehr und Arbeitsplätzen. Wir setzen dabei auf
1006 regionale Initiativen mit vielfältigen Produktions- und Lebensstrukturen und werden die
1007 Förderprogramme gezielt dafür einsetzen.

1008

1009 Nachhaltige Politik muss einen schonenden Umgang mit Ressourcen zum Prinzip erheben.
1010 DIE LINKE gibt vor allem der Vermeidung von Abfall vor einer qualitativ hochwertigen
1011 Verwertung (Kreislaufwirtschaft) den Vorrang. Eine auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit
1012 beruhende Abfallwirtschaft wird DIE LINKE befördern. Die weitere Flächenversiegelung soll
1013 gestoppt, die Nutzung von Altstandorten für Baumaßnahmen bevorzugt und die Erhaltung der
1014 Bodenfruchtbarkeit in der Landwirtschaft gewährleistet werden.

1015 Im Mittelpunkt soll auch der verstärkte Einsatz und die konsequente Nutzung bzw.
1016 Veredelung der in Thüringen zur Verfügung stehenden nachwachsenden Rohstoffe stehen.

1017 DIE LINKE befürwortet ausschließlich einen umweltverträglichen Kalibergbau ohne
1018 Laugenversenkung sowie mit einer deutlichen Verringerung der Belastung der Werra mit
1019 lebensfeindlichen Kaliabwässern, einer optimalen Rohstoffausnutzung in den Lagerstätten
1020 und die Verbringung der Rückstandshalden unter Tage (bzw. Haldenabdeckung).
1021 Naturgips soll in Zukunft – so weit möglich durch Gips aus Entschwefelungsanlagen ersetzt
1022 werden und damit die einmalige Gipskarstslandschaft im Südharz erhalten werden.

1023
1024 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Ressource Wasser - Für eine bezahlbare**
1025 **Wasserversorgung und Abwasserentsorgung!**

1026 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind Bestandteil der öffentlichen
1027 Daseinsvorsorge! Seit Jahren wird die Fördermittelbereitstellung für die Aufgabenträger der
1028 Wasserver- und Abwasserentsorgung zurückgefahren und soll mittelfristig eingestellt werden.
1029 Dann sind flächenmäßige Senkungen von Gebühren und Beiträgen nicht möglich.
1030 Grundsätzlich fordert DIE LINKE sozial vertretbare Kommunalabgaben, umfassende
1031 Kostentransparenz, Einwohnerbeteiligung bei Investitionen in öffentliche Einrichtungen und
1032 die Konzentration der Aufgabenträger.

1033
1034 DIE LINKE wird darum ausreichend Fördermittel für die Aufgabenträger zur Verfügung
1035 stellen, bezahlbare Entgelte für Wasser und Abwasser in Thüringen einführen. Wir werden
1036 dafür sorgen, dass die Einwohnerinnen und Einwohner im ländlichen Raum nicht
1037 benachteiligt und die örtlichen Gegebenheiten beachtet werden und dass die Kommunen und
1038 örtlichen Aufgabenträger ihr Finanzierungssystem im Rahmen der kommunalen
1039 Selbstverwaltung eigenständig entscheiden und umsetzen. Aufgabenträger müssen absolute
1040 Kostentransparenz gewährleisten und nachweisen. Eine umfassende Bürgerbeteiligung erfolgt
1041 und Verbraucherbeiräte werden pflichtig eingeführt. Ein nachhaltiger Ausbau und die
1042 Sicherung der ordnungsgemäßen Wasserver- und Abwasserentsorgung wird Vorrang
1043 eingeräumt, ökologisch orientiertes Verbrauchsverhalten wird gefördert und ein
1044 verursachergerechtes Abgabensystem verfolgt.

1045 Wir werden keine rückwirkende Erhebung von Beiträgen zulassen und ein ausgewogenes
1046 Verhältnis bei den Grundrechten in Bezug auf das Eigentum sowie eine ausgewogenes
1047 Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung herbeiführen.

1048 Durch eine zielgerichtete Förderpolitik und kritische Überarbeitung der Investitionsplanung
1049 können die Abwassergebühren sozial vertretbar gestaltet werden.

1050
1051 DIE LINKE wird verstärkte Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität und des
1052 Grundwassers einleiten. Dabei soll Anschluss an Kläranlagen dort weiter gefördert werden,
1053 wo der Gewässerzustand es erforderlich macht. Die Aufhebung des Anschluss- und
1054 Benutzungszwanges ist in Einzelfällen zu ermöglichen.

1055 Dem Wunsch auf Betreibung von Kleinkläranlagen durch Zweckverbände/Gemeinden zur
1056 Verbesserung der Gewässerstruktur soll stattgegeben werden. Nutzungskonflikten wird durch
1057 Flurneuordnung begegnet

1058 Der Hochwasserschutz soll durch Entsiegelung, Renaturierung, Auenfreihaltung, Erhaltung
1059 und Verbesserung technischer Infrastruktur sowie eine flussgebietsbezogene Fachverwaltung
1060 erreicht werden. Die Sicherung örtlicher Trinkwasserdarangebote und die Zukunftssicherung bei
1061 der Fernwasserversorgung werden durch Effizienzsteigerung, ausreichende Werterhaltung,
1062 frühzeitige Planung der Ersatzwasserversorgung gewährleistet.

1063
1064 Im Bereich des Naturschutzes will DIE LINKE den Biotopverbund, vor allem zwischen den
1065 Großschutzgebieten, vorantreiben. So wird sich das Land Thüringen am Biosphärenreservat
1066 Südharz beteiligen. Die Attraktivität des Nationalparks und der Biosphärenreservate soll
1067 durch Umweltbildung deutlich gesteigert werden. In diesem Zusammenhang soll auch die

1068 Forschung in Schutzgebieten verbessert werden. Der Vertragsnaturschutz wird dort gewährt,
1069 wo keine landwirtschaftliche Nutzung möglich ist.

1070
1071 DIE LINKE wird eine Korrektur der Maßnahmen der Landesregierung bei den
1072 Umweltbehörden herbeiführen und sich für eine effiziente Umweltverwaltung einsetzen.
1073 Dazu zählen die Aufgabenanalyse und eine anschließende Ansiedelung der Aufgaben nach
1074 der Häufigkeit ihres Anfalls und der gebotenen Ortsnähe. Die Zusammenarbeit kommunaler
1075 Aufgabenträger u. a. auf der Ebene der regionalen Planungsgemeinschaften wird forciert und
1076 die Übertragung von Aufgaben des Landesverwaltungsamtes auf diese Strukturen
1077 vorgenommen.

1078
1079 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine zukunftsfähige Land- und**
1080 **Forstwirtschaft!**

1081 DIE LINKE erkennt die vielfältigen Eigentums- und Produktionsstrukturen – insbesondere
1082 der Agrargenossenschaften - in der Landwirtschaft Thüringens an und setzt sich dafür ein,
1083 dass die derzeitige flächenmäßige Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzung erhalten
1084 bleibt und insbesondere naturschutzfachliche wertvolle Flächen, wie z.B. Bergwiesen erhalten
1085 bleiben. Dazu bedarf es einer Förderung und Umsetzung einer ökologisch verträglichen
1086 landwirtschaftlichen Produktion, bei der sowohl der Bedarf an Nahrungsmitteln, wie auch an
1087 Bioenergie abgedeckt wird, aber die Bioenergieproduktion nicht zu Lasten der
1088 Nahrungsmittelproduktion geht (Analyse der Potentiale und Masterplan für Thüringen).
1089 Kreislaufwirtschaft, eine verstärkte Nutzung von Reststoffen und neue Strategien der
1090 Biodiversifizierung sowie des Pflanzenschutzes auf pflanzlicher Basis sind hierbei
1091 Schlüsselemente.

1092
1093 Agrarpolitik wird künftig mehr als traditionelle Landwirtschaftsförderung sein. Die deutschen
1094 und europäischen Mittel der Agrarförderung, Förderprogramme der Kreditanstalt für
1095 Wiederaufbau sowie der landwirtschaftlichen Rentenbank wollen wir mit Landesmitteln so
1096 verknüpfen, dass langfristige und wiederkehrende Investitionen im ländlichen Raum möglich
1097 sind. Das Dorferneuerungsprogramm und das Programm „Soziale Stadt“ sollen deshalb
1098 wesentlich stärker als bisher zur Strukturentwicklung des ländlichen Raums genutzt werden.
1099 Aufbauend auf dem Fördergrundsatz der „integrierten ländlichen Entwicklung“ wollen wir
1100 diese Mittel als wirtschafts- und strukturpolitische Plattform nutzen, um mehr Investitionen
1101 für landwirtschaftliche Betriebe, Handwerk, Handel, Tourismus und Gewerbe auszulösen.
1102 Wir wollen Anreize schaffen, um Menschen zu motivieren sich dauerhaft wieder im
1103 ländlichen Raum niederzulassen. Die Verknüpfung von ökologischer Landwirtschaft,
1104 nachhaltigem Tourismus und der Gesundheitswirtschaft insbesondere der
1105 Rehabilitationsmedizin werden Entwicklungsschwerpunkte.

1106
1107 Wir werden uns aktiv einbringen in die zielgerichtete Überarbeitung der EU-Agrarpolitik und
1108 für einen langfristigen Umbau der Agrarsubventionen und eine umweltverträgliche sowie
1109 sozial gerechte Landbewirtschaftung kämpfen.

1110
1111 Mit einem Waldanteil von 33 % an der Landesfläche gehört Thüringen zu den walddreichsten
1112 Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Unser Wald ist unverzichtbar für den Erhalt und
1113 Schutz der Tier- und Pflanzenarten sowie unseres Bodens und Wassers. Er dient als Klima-,
1114 Immissions-, Lärm- und Sichtschutz. Die Thüringer Wälder sind vor allem ein
1115 Erholungswald, den wir als ein wichtiges Element eines nachhaltigen und ökologischen
1116 Tourismus entwickeln wollen. Die Thüringer Wälder sollen auch künftig für alle Bürgerinnen
1117 und Bürger zur Verfügung stehen. Der Schutz und die Pflege des Waldes ist deshalb eine
1118 Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge.

1119 DIE LINKE setzt sich ein für die weitere Mehrung der Waldfläche in Thüringen, den Erhalt
1120 des Staatlichen Forstbetriebs und die Beibehaltung des Einheitsforstamtes. Waldpflege, -
1121 umbau und –bewirtschaftung bergen großes Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Der
1122 Waldumbau hat zum Ziel, stabile, dem Klimawandel angepasste, naturnahe
1123 Mischwaldbestände zu erreichen, die ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten und stabile
1124 Erträge für die Forstwirtschaft bringen. Durch Flurneuordnung und Unterstützung
1125 forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse soll eine Verbesserung der oft für eine effektive
1126 Bewirtschaftung zu kleinteiligen Flächenstruktur herbeigeführt werden. Der Zuwachs an Holz
1127 als wertvoller, innovativer Rohstoff für die heimische Industrie soll mit dem Ziel einer
1128 höchstmöglichen Veredelung einer optimalen Nutzung zugeführt werden. DIE LINKE wird
1129 sich dafür einsetzen, die Wälder in Thüringen nicht ihrer Multifunktionalität zu berauben und
1130 keine einseitige Bewirtschaftung zuzulassen.

1131 Den Einsatz und die Verbreitung gentechnisch veränderter, transgener Organismen lehnen wir
1132 ab.

1133 In der Tierhaltung wird auf eine artgerechte Haltung und Fütterung geachtet, die den Kriterien
1134 der Reduktion von Treibhausgasen, der Kreislaufwirtschaft und der Energiegewinnung
1135 gerecht wird. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, den Tierschutz auch gesetzlich zu
1136 stärken. Im Landwirtschaftsministerium wird eine Tierschutzbeauftragte oder ein
1137 Tierschutzbeauftragter eingerichtet, der mit administrativer Unterstützung Ansprechpartner
1138 für Bürger und Verwaltung ist und Hinweise zur Verbesserung gibt. Initiativen zur
1139 Einführung eines Verbandsklagerechtes im Tierschutz auf Bundesebene werden im Bundesrat
1140 unterstützt.

1141 Um den zukünftigen Herausforderungen der Land- und Forstwirtschaft begegnen zu können
1142 braucht es eine Stärkung der Agrarforschung und der landwirtschaftlichen Beratung.

1143

1144 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine moderne Verkehrspolitik!**

1145 Das Bedürfnis der Menschen nach Mobilität wächst. DIE LINKE plädiert dafür, Verkehr zu
1146 vermeiden und Verkehr zu verlagern. Diesen Ansatz zu verfolgen und annehmbare Angebote
1147 zu unterbreiten, bedeutet die Menschen mit ihren Wünschen und Vorstellungen mitzunehmen.
1148 Zu berücksichtigen ist auch der demographische Wandel. Bisherige Angebote sind dahin
1149 gehend zu überprüfen, ob sie der alternden Gesellschaft gerecht werden ohne dass dabei die
1150 Bedürfnisse von jungen Leuten vernachlässigt werden. Alle Verkehrsangebote sind
1151 barrierefrei anzubieten, ein diskriminierungsfreier Zugang zu allen Angeboten im Verkehr ist
1152 zu gewährleisten. Der Öffentliche Personennahverkehr hat Vorrang vor dem
1153 Individualverkehr und wird entsprechend gefördert.

1154

1155 Das vorhandene Schienennetz muss erhalten, gegebenenfalls sogar ausgebaut und eine
1156 Verknüpfung von Straßen- und Schienenpersonennahverkehr vorgenommen werden. Noch
1157 vorhandene Lücken sind zu schließen. Sozialverträgliche Tarife und die Förderung
1158 umweltfreundlicher Antriebssysteme spielen dabei eine zentrale Rolle.

1159 Der Schienengüterverkehr erhält generell Vorrang, Anschlussgleise sind zu erhalten und zu
1160 reaktivieren und werden – wo möglich - Bedingung beim Neubau bei Industrieansiedlungen.
1161 DIE LINKE ist aus Klimaschutz- und Verkehrssicherheitsgründen konsequent für das Verbot
1162 von Long- und Gigalinern. DIE LINKE verfolgt die „Vision Zero“, d.h. Null Verkehrstote.
1163 Dazu fordern wir 0,0 Promille am Steuer und eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf
1164 Autobahnen 130 km/h.

1165

1166 DIE LINKE ist gegen den weiteren Ausbau des Flughafens Erfurt, aber für die Erhaltung des
1167 technisch hohen Niveaus. Der Airport hat nur eine Zukunft beim Charter- und Frachtverkehr.
1168 Wir bekennen uns zum Flugplatz in Altenburg als Regionalflygafen, dessen Landebahn auf

1169 das sicherheitstechnisch notwendige Niveau ausgebaut werden soll. Langfristig müssen in
1170 diesem Bereich jedoch die Weichen für eine mitteldeutsche Planung gestellt werden.

1171
1172 Im Straßenbau haben Instandsetzung und Instandhaltung Vorrang vor Neubau. Der Bau von
1173 Ortsumgehungen muss mit Verkehrsberuhigenden Maßnahmen an der bisherigen
1174 Streckenführung einhergehen. Bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen müssen für
1175 Thüringen zumindest die sächsischen Regelungen gelten, wonach Gemeinden selbst
1176 entscheiden können ob und in welcher Höhe sie Beiträge erheben. Als mittelfristiges Ziel
1177 bleibt die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unter Ersatz der Einnahmeausfälle für die
1178 Gemeinden.

1179
1180
1181

1182 **UNSER LEITPROJEKT: ENERGIEOFFENSIVE UND ÖKOLOGISCHE** 1183 **AUSRICHTUNG DER WIRTSCHAFT**

1184
1185 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für Alternativen in der Energiepolitik!**

1186 Der Klimawandel führt uns vor Augen, dass dem Schutz der Natur die höchste Priorität
1187 eingeräumt werden muss. Die Natur wird auch in Zukunft Basis für das Überleben der
1188 Menschen und für Lebensqualität sein. Die Monopolstrukturen im Energiesektor, die
1189 ursächlich für das Preisdiktat sind, erfordern ein Umsteuern in diesem Bereich, um auch
1190 sozialverträgliche Energiepreise zu gewährleisten. Die Energieproblematik ist somit zu einer
1191 zutiefst ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Frage geworden.

1192
1193 DIE LINKE wird in Thüringen mit einer Energieoffensive einen radikalen Wechsel in der
1194 Energiepolitik einleiten. Wir werden dazu einen Masterplan für ein „Energiesparkraftwerk
1195 Thüringen“ mit gezielten Energiespar- und Effizienzvorschlägen vorlegen. Langfristiges Ziel
1196 ist die dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung Thüringens durch einen Mix aus
1197 regenerativen Energien. Das Land besitzt ideale Voraussetzungen, sich mit Wind- und
1198 Wasserkraft, Biomasse, Solartechnik, Holzreichtum und Geothermie zu einer Energieregion
1199 zu entwickeln. Thüringen soll also unabhängig von Energieimporten und Vorreiter dieser
1200 Entwicklung sowie ein Zentrum für Forschung, Entwicklung und Fertigung diesbezüglicher
1201 Produkte werden. In diesem Sektor schlummert zudem ein erhebliches Arbeitsplatzpotential,
1202 das geweckt werden muss.

1203
1204 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für die Vergesellschaftung von**
1205 **Stromnetzen und Kraftwerken!**

1206 DIE LINKE setzt sich konsequent für den Ausstieg aus der Atomtechnologie ein. Ein Zurück
1207 hinter diese Festlegung wird es mit uns nicht geben.

1208 Eine Schlüsselrolle im ökologischen Umbau kommt der Nutzung von regenerativen Energien
1209 zu. Weitere Bausteine sind die dezentrale Erzeugung und Verwertung von Energie und die
1210 Entwicklung und Produktion von Umwelttechnologien, insbesondere der Einsatz von Kraft-
1211 Wärme-Kopplungen bei der Strom- und Wärmeerzeugung. Um ein Ausbrechen aus der
1212 bisherigen Monopolstellung der deutschen Energiekonzerne zu befördern, hält DIE LINKE
1213 eine Vergesellschaftung Stromnetze und Kraftwerke für notwendig.

1214
1215 DIE LINKE wird ein Energiekonzept für das ganze Land Thüringen in Angriff nehmen.
1216 Dabei soll auf bereits vorhandene regionale und lokale Konzeptionen zurückgegriffen und
1217 diese sinnvoll eingebunden werden. Das Vorhaben soll landesweit den Bedarf, die Erzeugung
1218 und die Verteilung bzw. Management (sogenanntes virtuelles Kraftwerk) zusammenführen.
1219 Dazu sollen auch verbesserte Wirkungsgrade bei der Kopplung von Strom- und

1220 Wärmeezeugung erzielt werden. Für Unternehmen sollen abhängig von ihrem Energiebedarf
1221 optimal Gewerbe- und Industrieflächen angeboten werden können. In Abhängigkeit von
1222 regionalen Gegebenheiten sind verstärkt Eignungsräume (Energieatlas) für die Erzeugung
1223 regenerativer Energie und für den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungen auszuweisen.
1224 Zudem wird eine Landesenergieagentur gegründet, die die Koordinierung übernimmt.

1225
1226 DIE LINKE wird die Forschung im Bereich Energie in Zukunft massiv unterstützen.
1227 Insbesondere das zurzeit im Aufbau befindliche Energietechnische Zentrum Thüringen (EZT)
1228 an der TU Ilmenau birgt enormes Potential und soll zum Kompetenzzentrum für ganz
1229 Thüringen entwickelt werden. DIE LINKE wird das EZT mit einer Sonderförderung
1230 bezuschussen.

1231
1232 Um die Energieoffensive zu befördern wird DIE LINKE ein öffentliches Landesprogramm
1233 verabschieden, welches Energie-Projekte von Städten, Gemeinden, Unternehmen und
1234 regionalen Initiativen fördert. Unter anderem mit der Solartechnik und den damit befassten
1235 Thüringer Firmen sind einmalige Chancen verbunden zu einem „Dächer-Programm“, also der
1236 verstärkten Nutzung der Solarenergie.

1237
1238 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Reserven erschließen und ökologisches**
1239 **Handeln belohnen!**

1240 Ein Schlüssel zur nachhaltigen Energieversorgung der Zukunft ist der sparsame Umgang mit
1241 Energie, wobei der Entwicklung von effizienten Wärmedämm- und Energieeffizienzsystemen
1242 im Gebäudebereich sowie der Nutzung energiesparender Geräte und Anlagen große
1243 Bedeutung beigemessen werden muss. Bei Neubauten sollen mittelfristig Null-
1244 Emmissionshäuser angestrebt werden. Vorhandene Gebäude sollen in ihrer Energieeffizienz
1245 deutlich verbessert werden. Für Eigentümer mit geringer Finanzkraft plädiert DIE LINKE für
1246 die Möglichkeiten des so genannten Contractings ein, also der Vorfinanzierung durch Dritte
1247 (z.B. die Thüringer Aufbaubank) und die Tilgung der Investitionskosten aus den eingesparten
1248 Energiekosten.

1249 Zudem setzte sich DIE LINKE für die Einführung eines Anreizsystems ein, welches
1250 ökologisch verträgliches Handeln und Energiesparen finanziell belohnt, ökologische
1251 Belastungen verursachendes Handeln dagegen deutlich höher besteuert.

1252
1253 Die Thüringer Stadtwerke unterstützen wir als wichtige Zentren kommunalen Wirtschaftens.
1254 Der Focus ihrer Energieerzeugung ist dabei in erster Linie auf Kraft – Wärme – Kopplung zu
1255 richten.

1256
1257 Die Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung werden zusammengeführt. Zudem wird der
1258 ÖPNV neu an den Notwendigkeiten von Ökologie und den Bedürfnissen der Menschen
1259 ausgerichtet werden. Weiterhin sind Maßnahmen zum deutlichen Abbau des
1260 Schadstoffausstoßes von Fahrzeugen bzw. zur Umrüstung auf alternative
1261 Antriebsmöglichkeiten konsequent zu fördern.

1262
1263 DIE LINKE bleibt, so lange keine Notwendigkeit überzeugend nachgewiesen ist, bei ihrem
1264 Nein zur geplanten 380-KV-Stromtrasse des Vattenfall-Konzerns durch den Thüringer Wald.

1265
1266 DIE LINKE spricht sich für die Nutzung der Windkraft aus. Entsprechende Anlagen dürfen
1267 jedoch nur unter Berücksichtigung der Belange von Natur und Mensch errichtet werden und
1268 müssen im Einklang mit Ökologie, Effizienz und Ästhetik stehen.

1269
1270

1271
1272 **UNSER LEITPROJEKT: MEHR DIREKTE DEMOKRATIE UND**
1273 **BÜRGERBETEILIGUNG!**

1274
1275 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Demokratische Erfahrungen neu**
1276 **beleben!**

1277 Wir wollen mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung, damit Thüringerinnen und
1278 Thüringer neu erfahren: politisches Engagement lohnt sich, Veränderung ist möglich,
1279 Gestaltung vor Ort wird durch eigenes Einbringen Realität.

1280 Mit den Bürgerinnen und Bürgern will DIE LINKE gemeinsam realistische und nachhaltige
1281 Politikkonzepte entwickeln und Schritt für Schritt umsetzen.

1282 Verantwortung auf allen Ebenen wird nicht mehr nach Parteibuch, sondern nach Kompetenz
1283 und Erfahrung vergeben. Von grundsätzlicher Bedeutung dabei ist die enge Abstimmung mit
1284 den Vereinen und Verbänden, mit Vertretungskörperschaften und Betroffenen-Initiativen.
1285 Bürgerinitiativen soll öffentlich Gehör verschafft, Wege zur Einbringung von Volksinitiativen
1286 im Landtag sollen erleichtert und Möglichkeiten von Volksentscheiden erweitert werden.

1287 Mit ihrem Engagement in zahlreichen Bürgerinitiativen beweisen die Thüringerinnen und
1288 Thüringer, wie wichtig ihnen demokratische Teilhabe ist. Sie stärken so die repräsentative
1289 Demokratie.

1290

1291 DIE LINKE setzt sich für die Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide
1292 auf Landes- und auf kommunaler Ebene ein. Mögliche Themenkataloge sollen auch auf
1293 haushaltsrelevante Sachverhalte erweitert und diese zur Abstimmung zugelassen werden.

1294 Dabei soll der Bürgerentscheid in einen Einwohnerentscheid umgewandelt werden, an dem
1295 sich auch junge Menschen und Migranten ab 14 Jahre beteiligen dürfen. Wir setzen uns auch
1296 für die Wiedereinführung der freien Sammlung bei Volksinitiativen ein. Auf Bundes- und
1297 Landesebene wird sich DIE LINKE einsetzen für die Einführung des kommunalen
1298 Wahlrechts für Menschen aus Nicht-EU-Ländern und junge Menschen ab 16 Jahre.

1299

1300 In diesem Sinne sind Demokratie und Bürgerengagement auch Bestandteile im Kampf gegen
1301 Rechtsextremismus und Neofaschismus. DIE LINKE tritt dafür ein, ein solches Bekenntnis
1302 gegen Nationalsozialismus und Neofaschismus in die Verfassung aufzunehmen.

1303

1304 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Die Kommunen stärken!**

1305 Die Kommunen sind für DIE LINKE das Fundament einer demokratischen und sozialen
1306 Gesellschaft. DIE LINKE sieht in der Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung durch
1307 eine stärkere Stellung der Kommunen im bundesdeutschen System einen Weg zur Sicherung
1308 des Lebens- und Arbeitsstandortes Thüringen.

1309 LINKE Kommunalpolitik sichert die Transparenz und die Öffentlichkeit kommunaler
1310 Entscheidungen. Für uns gilt das Konzept „Gläsernes Rathaus“. Mehr Demokratie ist für uns
1311 eine Voraussetzung für die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung. Für die
1312 kommunalen Problemfelder erarbeiten wir gemeinsam mit den Einwohnerinnen und
1313 Einwohnern alternative Lösungsvorschläge.

1314 Wir suchen das Bündnis mit selbst organisierten Interessenvertretungen und den sozialen
1315 Bewegungen der Bevölkerung.

1316 Die Thüringer Kommunen brauchen eine bedarfsgerechte Finanzausstattung. Der kommunale
1317 Finanzausgleich muss aus Sicht der LINKEN die Steuerschwäche der Kommunen tatsächlich
1318 ausgleichen. Um die Menschen unmittelbar an der kommunalen Haushaltspolitik zu
1319 beteiligen, plädieren wir für das Instrument des Bürgerhaushaltes. Das kommunale Eigentum,
1320 das zur Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben notwendig ist, muss erhalten und
1321 ausgebaut werden. Jede Privatisierung schwächt die Kommunen.

1322 Eine wesentliche Säule kommunaler Selbstverwaltung ist für uns die wirtschaftliche
1323 Betätigung der Kommunen. Diese ist auszubauen, weil nur so die Aufgaben der
1324 Daseinsvorsorge im Interesse der Menschen bedarfsgerecht realisiert werden kann. DIE
1325 LINKE wird eine Neuordnung des Gemeindegewirtschaftsrechts vornehmen, um die
1326 Gleichstellung kommunaler Wirtschaftsunternehmen am Markt zu sichern.

1327 Die Verwaltungs- und Gebietsstrukturen in Thüringen müssen sich an den Interessen der
1328 Bürger ausrichten. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung der gemeindlichen Ebene.
1329 Zweckverbandsstrukturen auf kommunaler Ebene sollen stärkerer Kontrolle durch die
1330 Bürgerinnen und Bürger und Mitbestimmung durch die Kommunalparlamente unterliegen.

1331

1332 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Verwaltung bürgernah und effizient**
1333 **gestalten!**

1334 Die Verwaltungs- und Gebietsstrukturen in Thüringen müssen sich an den Interessen der
1335 Einwohnerinnen und Einwohner ausrichten. Im Mittelpunkt stehen dabei für DIE LINKE die
1336 Stärkung der gemeindlichen Ebene und der kommunalen Demokratie.

1337 Der bisherige dreistufige Verwaltungsaufbau in Thüringen muss aus unserer Sicht
1338 schrittweise in die Zweistufigkeit überführt werden. Hierzu sind die über 70 staatlichen
1339 Mittelbehörden im Regelfall aufzulösen. Deren Aufgaben und das Personal sind auf die
1340 kommunale Ebene zu übertragen. Die dadurch entstehenden Kosten müssen den Kommunen
1341 erstattet werden. Durch die Kommunalisierung wird erstmalig ein Großteil der
1342 Aufgabenerledigung einer tatsächlichen demokratischen Kontrolle und Steuerung unterzogen.
1343 Die weitere Aufgabenübertragung kann nicht in die derzeit bestehende kommunale
1344 Verwaltungs- und Gebietsstruktur erfolgen, weil diese zu kleingliedrig ist. Das Leben findet
1345 für die Einwohnerinnen und Einwohner vorrangig in den Gemeinden statt. Ihren berechtigten
1346 Anspruch, dass alle kommunalen Angelegenheiten konzentriert durch die Städte und
1347 Gemeinden wahrgenommen werden, wollen wir realisieren. Deshalb sind leistungsfähige und
1348 bürgerorientierte Gemeindestrukturen notwendig. Nur so lassen sich solche Projekte wie die
1349 Bürgerkommune oder der Bürgerhaushalt in der Praxis umsetzen. Leistungsstarke Gemeinden
1350 sind auch eine Voraussetzung für mehr kommunale Demokratie und Bürgermitwirkung. Die
1351 Bürgernähe wird dadurch gesichert, dass in allen Gemeinden Bürgerservicebüros eingerichtet
1352 werden. Hier können die Einwohnerinnen und Einwohner alle Angelegenheiten erledigen,
1353 auch die, für die andere Behörden zuständig sind. Die bisherigen Landkreise können dann, in
1354 einem weiteren Schritt, in Regionalkreise umgewandelt werden. Diese Regionalkreise
1355 nehmen nur noch Aufgaben von überörtlicher Bedeutung wahr. Eine Unterscheidung
1356 zwischen kreisfreien und kreisangehörigen Städten und Gemeinden ist unter diesen
1357 Bedingungen nicht mehr erforderlich. Die bisherigen Verwaltungsgemeinschaften sollten nur
1358 noch im Ausnahmefall fortbestehen. Durch Änderungen im Kommunalwahlrecht wird DIE
1359 LINKE sichern, dass bei der Wahl der Kreistage die regionale Verankerung gesichert bleibt.
1360 Die in Thüringen bestehenden Planungsregionen sind eine Struktur, die als Grundlage für das
1361 Regionalkreismodell dienen kann.

1362 Freiwillige Strukturveränderungen wird DIE LINKE in einer mittelfristigen Übergangsphase
1363 besonders fördern.

1364 Alle Strukturveränderungen werden im Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern
1365 vollzogen. Deshalb sind die Neugliederungsmaßnahmen durch Einwohnerentscheide zu
1366 bestätigen. Für die anstehenden Reformen soll eine umfassende Beteiligung und Mitwirkung
1367 aller betroffenen Beschäftigten und Beamten durch die Ausweitung des Thüringer
1368 Personalvertretungsrechtes gesichert werden.

1369 Ziel der Thüringer LINKEN ist die Schaffung eines modernen einheitlichen Arbeits- und
1370 Dienstrechtes. Eine LINKE Landesregierung tritt für die Stärkung der Europafähigkeit der
1371 Verwaltungen durch Ausbau der Sprachkompetenz und internationale Austauschmaßnahmen
1372 ein.

1373
1374 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Bürgernahe Rechts- und Justizpolitik**
1375 **gestalten!**
1376 Ziel LINKER Rechts- und Justizpolitik ist die Stärkung und Gewährleistung sozialer
1377 Gerechtigkeit sowie eine demokratische und solidarische Zivilgesellschaft, in die sich
1378 Bürgerinnen und Bürger aktiv einbringen. Deshalb soll der Thüringer Justiz mehr
1379 Eigenverantwortung zugewiesen werden, und zwar in konsequenter Stärkung der
1380 Selbstverwaltung der Justiz. Der Thüringer Justiz ist eine Stellung zu verschaffen, die ihr
1381 nach dem Gewaltenteilungsprinzip dem Grunde nach zugewiesen ist. Dem dient auch die
1382 weitere Demokratisierung und der Ausbau der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung der
1383 Thüringer Justiz, verbunden mit der verstärkten Ausgestaltung politischer und sozialer Grund-
1384 und Bürgerrechte.
1385 Zugleich soll das Zusammenspiel zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaften und der Polizei
1386 deutlich verbessert und Verfahren beschleunigt werden.
1387
1388 Für LINKE Rechtspolitik steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Rechten im Bereich
1389 der Gesetzgebung im Mittelpunkt. Gesetzestexte, Verfahrensläufe, Urteile und Bescheide
1390 müssen für den Bürger verständlich und nachvollziehbar sein. Im einzufordernden Prozess der
1391 Demokratisierung sieht DIE LINKE ein Wechselverhältnis in der Entwicklung des Sozial-
1392 und Rechtsstaates. Grundsatz LINKER Rechtspolitik ist der Schutz der Benachteiligten in der
1393 Gesellschaft.
1394 Da DIE LINKE die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter als unabdingbar und
1395 unbeschränkbar sieht, unterstützt sie ausdrücklich die Stärkung der Gerichte in Budgetfragen.
1396 Staatsanwaltschaften müssen von politischer Einflussnahme auf ihre Ermittlungstätigkeit frei
1397 sein.
1398 Die Durchsetzung des Rechts ist durch eine ausreichende Anzahl von Richterinnen und
1399 Richtern, durch eine gute ausgestattete und ausgebildete Justiz sowie durch die Stärkung der
1400 Verfahrensrechte der Bürgerinnen und Bürger im Sinne von Transparenz in Thüringen zu
1401 sichern. Widerspruchsrechte sind ohne Kostenfolgen zu gewährleisten. Alle Versuche, die
1402 Wahrnehmung von Rechtsschutz durch finanzielle Hürden zu erschweren, werden
1403 zurückgewiesen. DIE LINKE lehnt auch Einschränkungen bei der Prozesskostenhilfe und der
1404 Beratungshilfe ab.
1405
1406 DIE LINKE will einen modernen Strafvollzug, der konsequent an Erfordernissen der
1407 Sozialisierung und Resozialisierung ausgerichtet ist. Nur eine wirksame und langfristige
1408 erfolgreiche (Re-)Sozialisierung von straffällig gewordenen Menschen, insbesondere
1409 Jugendlichen, bringt den Menschen und damit der Gesellschaft nachhaltige Sicherheit.
1410
1411 DIE LINKE wird das Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetz novellieren, um dem
1412 Erziehungsgedanken konsequent Rechnung zu tragen.
1413 In den Vollzugseinrichtungen sind die Arbeitsbedingungen für die Bediensteten und die
1414 Unterbringungsbedingungen sowie die ärztliche Versorgung der Strafgefangenen zu
1415 verbessern.
1416 Zur stärkeren Transparenz und politischen Akzeptanz schlägt DIE LINKE vor, in allen
1417 öffentlichen Verwaltungen Antikorruptionsbeauftragte mit Kontrollrechten einzusetzen.
1418 Und DIE LINKE lehnt jede Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben ab.
1419
1420 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gegen Rechtsextremismus und**
1421 **Neofaschismus!**

1422 Eine zukünftige Landesregierung unter Beteiligung der LINKEN wird sich zum Kampf gegen
1423 den Rechtsextremismus bekennen. Sie wird Partner gesellschaftlicher Akteure sein und ein
1424 Klima der gegenseitigen Wertschätzung und Akzeptanz schaffen.

1425 Rechtsextreme Organisationen, Aktivitäten und Einstellungen gefährden Demokratie und
1426 Freiheit. Thüringen belegt inzwischen im Ländervergleich bei rechtsextremen Gewalttaten
1427 den dritten Platz, die Mitgliederzahlen der NPD in Thüringen steigen, damit geht eine
1428 aggressive Aktivierung der Anhängerschaft einher.

1429 Zivilgesellschaftliches Engagement ist in Thüringen in vielen Städten und Orten verankert.
1430 Eine nachhaltige, strukturelle und durchdachte Strategie seitens der staatlichen
1431 Verantwortungsträger fehlt jedoch. Deshalb fordert die DIE LINKE ein Landesprogramm für
1432 Demokratie und Vielfalt. Es soll die Situation des Rechtsextremismus in Thüringen
1433 analysieren sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Aktivitäten ebenso wie
1434 Demokratieentwicklung und Geschichtsforschung mit Zuschüssen und Förderungen
1435 unterstützen.

1436 Staatliche Maßnahmen und gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus müssen
1437 im Gleichklang erfolgen. Wir setzen uns für ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD
1438 ein.

1439

1440 Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz hat sich als untauglich in der
1441 Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erwiesen. Mit fragwürdigen Methoden
1442 werden Informationen gewonnen, die anschließend weder öffentlich noch gegenüber anderen
1443 Behörden sinnvoll eingesetzt werden. Mehrfach unterrichtete der Verfassungsschutz
1444 Polizeibehörden nicht über bevorstehende Neonaziveranstaltungen und provozierte so für die
1445 Beamten unklare und gefährliche Einsätze.

1446 Deshalb will DIE LINKE, als Ersatz für das Landesamt für Verfassungsschutz die Erledigung
1447 derartiger Aufgaben durch ein Dokumentationszentrum für Menschen- und Grundrechte
1448 übernehmen lassen.

1449

1450 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gegen Datenmissbrauch und für eine**
1451 **aktive Sicherheitspolitik!**

1452 DIE LINKE setzt sich konsequent für wirksamen Datenschutz ein, für klare Regelungen in
1453 der Überwachung und gegen die Ausforschung der Bürgerinnen und Bürger. Eingriffe in die
1454 Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger dürfen nur in engen und scharf kontrollierten
1455 Grenzen im Rahmen der Gesetze erfolgen. Das gilt auch und besonders im Bereich der
1456 Arbeitsagenturen, Finanzämter und Sozialbehörden. Dem Drang der Privatwirtschaft nach
1457 immer genaueren Profilen von Kunden und Nutzern sind Grenzen zu setzen. Die LINKE setzt
1458 sich für ein Verbot des Handels mit persönlichen Daten ein.

1459 Rechte und Möglichkeiten des Datenschutzbeauftragten können verbessert werden. Ihm wird
1460 ein Vorbehalt bei der Errichtung datenschutzrechtlicher Einrichtungen eingeräumt. Das
1461 Sicherheitsüberprüfungsgesetz gehört auf den Prüfstand. Dort geregelte weit reichende
1462 Ausforschungsmöglichkeiten des Staates im persönlichen Umfeld von Arbeitnehmern sollen
1463 eingeschränkt werden. Wir werden auch ein modernes Informationsfreiheitsgesetz mit
1464 umfassenden Auskunftsrechten, nur wenigen Einschränkungen und entgeltfreier Auskunft
1465 erarbeiten.

1466

1467 DIE LINKE tritt für eine ursachenbezogene und lösungsorientierte Sicherheitspolitik ein.
1468 Polizeipolitik soll bürgerrechtsorientiert und nicht vollzugsorientiert sein. Durch adäquate
1469 Flächenstruktur der Polizeiinspektionen und mehr Kontaktbereichsbeamte soll der Vor-Ort-
1470 Bezug gestärkt werden. Basisdienststellen sind das A und O einer bürgernahen Polizei und
1471 probates Mittel zur effektiven Kriminalitätsbekämpfung und zum Abbau von
1472 Sicherheitsängsten. Die LINKE fordert mehr Polizisten im Streifendienst und nicht immer

1473 mehr leblose Überwachungstechnik. Thüringen muss seine Ausbildungszahlen bei der Polizei
1474 erhöhen und den Dienst attraktiver machen. Polizisten müssen zur Wahrung staatlicher
1475 Hoheitsaufgaben gut ausgebildet, ausgestattet, gut bezahlt und motiviert sein. Hemmnisse und
1476 Fehlentwicklungen müssen behoben werden. Interne Kontrolle versagte an vielen Stellen.
1477 Bürger haben ein hohes Vertrauen in die Polizei. Eine Polizeibeschwerdestelle könnte den
1478 angestrebten Wandel im Selbstbild der Polizei befördern. Wo eine derartige Kommission
1479 arbeitete (z.B. Großbritannien) hat sich die Zufriedenheit der Bürger mit der Polizei als auch
1480 die der Beamten selbst deutlich erhöht. Zudem fordert DIE LINKE die anonymisierte
1481 Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten.

1482 Zur Erhöhung des Eigenschutzes der Polizeibeamten, um Einsatzlagen sicherer zu bestreiten,
1483 gefundene Waffen schnell und eindeutig zuzuordnen und die Kontrolle des Waffenbesitzes zu
1484 vereinfachen bzw. zu vereinheitlichen bleibt DIE LINKE bei ihrer Forderung nach einem
1485 zentralen Waffenregister.

1486 Eine notwendige Polizeistrukturereform muss im Rahmen der Umsetzung der Funktional-,
1487 Verwaltungs- und Gebietsreform gemeinsam mit Betroffenen erarbeitet und umgesetzt
1488 werden. Bei den Polizeidirektionen orientiert sich DIE LINKE an den bestehenden 4
1489 Planungsregionen. Ziel sind Abbau der Verwaltungsarbeit im Polizeidienst und Stärkung der
1490 eigentlichen Polizeiarbeit, die qualitativen neuen Anforderungen gewachsen sein muss.

1491 Das verfassungswidrige Polizeiaufgabengesetz und das Thüringer Verfassungsschutzgesetz
1492 werden durch DIE LINKE so novelliert, dass die Grundrechte der Bürger nicht
1493 unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Ziel ist ein wirksamer Rechtsschutz, der
1494 insbesondere Eingriffe in Grundrechte ohne richterliche Genehmigung verbietet und die
1495 Betroffenen nach Beendigung entsprechende Eingriffe über die Maßnahmen so informiert
1496 werden, dass sie die Maßnahme auch nachträglich gerichtlich überprüfen können.

1497
1498 DIE LINKE setzt sich weiterhin für einen flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutz
1499 und für die Stärkung der Freiwilligen Feuerwehren ein. Gemeinsam mit den Betroffenen
1500 sollen personelle und strukturelle Neuausrichtungen der Feuerwehren diskutiert und
1501 umgesetzt werden.

1502 Ein entsprechendes Maßnahmenpaket muss vor allem die durch den demografischen Wandel
1503 und arbeitsbedingte Abwanderung insbesondere im ländlichen Raum zu Problemen führenden
1504 Rahmenbedingungen korrigieren, Anreize zum Engagement in den Feuerwehren schaffen und
1505 Ausgleichsmaßnahmen wie einen wirksamen Versicherungsschutz oder den Ausgleich von
1506 Arbeitszeit für den ehrenamtlichen Einsatz enthalten.

1507 DIE LINKE wird sich für eine bessere Zusammenarbeit der Behörden im Bereich der
1508 Gefahrenabwehr einsetzen und die Zusammenführung des Rettungsdienstgesetzes und des
1509 Brand- und Katastrophenschutzgesetzes prüfen.

1510
1511 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Thüringen braucht mehr Menschen und**
1512 **Zuwanderung!**

1513 Thüringen war immer und ist ein weltoffenes Land, lebt und profitiert vom demografischen
1514 Zuzug. Darum ist eine Neuprofilierung der Integrationspolitik notwendig. Zudem fördert eine
1515 Politik der Integration von Migrantinnen und Migranten die Bekämpfung rechtsextremer
1516 Tendenzen und rassistischer Einstellungen in der Bevölkerung.

1517 Darum wird DIE LINKE sich weiterhin für die uneingeschränkte Gleichstellung der in
1518 Thüringen lebenden Migrantinnen und Migranten einsetzen. DIE LINKE fordert darum, die
1519 Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende, die dezentrale Unterbringung von
1520 Flüchtlingen in Wohnungen bzw. Wohnformen des individuell betreuten Wohnens, die
1521 Leistungsgewährung nach Asylbewerberleistungsgesetz in Form von Bargeld, die Förderung
1522 eines landesweiten Beratungsnetzwerkes für Flüchtlinge und einen Maßnahmenkatalog für die
1523 Integration von Migrantinnen und Migranten in Thüringen.

1524 Dazu setzt eine LINKE Landesregierung eine Integrationsbeauftragte mit Vortragsrecht beim
1525 Ministerpräsidenten, im Kabinett und im Thüringer Landtag ein. Sie soll insbesondere
1526 wirtschaftliche, soziale und politische Benachteiligungen abbauen und dazu landesweite
1527 Netzwerke, Kommunen und Ressorts beraten. Damit sichert eine Landesregierung, dass
1528 engagierte Einbringen und die Akzeptanz von Spätaussiedlern und Zuzüglern, denn wir
1529 brauchen ihr Engagement, ihre Partizipation für ein weltoffenes und tolerantes Thüringen.

1530

1531 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Frieden fängt vor der Haustür an –**
1532 **Thüringen sagt Nein zu Krieg und Gewalt!**

1533 Die LINKE ist eine Antikriegspartei. Als solche nimmt sie auch in Bundesländern und
1534 Kommunen ihre Verantwortung für eine aktive Friedenspolitik wahr. Krieg und Gewalt
1535 dürfen kein Mittel zur Lösung politischer Konflikte sein. Es gibt andere Sicherheitskonzepte,
1536 es gibt eine andere politische Kultur. Kinder wachsen in einer zunehmend militarisierten Welt
1537 auf. Sie kennen Krieg aus Medien, aus Spielen. Wir halten es für eine notwendige Aufgabe,
1538 die Lehr- und Unterrichtsplanung und den Gehalt des Unterrichtes unter dem Aspekt der
1539 Friedenserziehung sowie des „Einer-Welt-Gedankens“ zu verstärken. Antimilitarismus und
1540 friedliche Konfliktlösung gehören in Erziehungs- und Lehrpläne. Kriegsspielzeug hat nichts
1541 in Kindergärten und Schulen verloren. Kinder und Jugendliche dürfen nicht unkritisch mit
1542 Armeen und Waffen konfrontiert werden. Zurschaustellung von Kriegsgerät in Ausstellungen
1543 und bei öffentlichen Anlässen muss aufhören. Der Missbrauch von Waffen muss geächtet
1544 werden. Jugendliche und Heranwachsende müssen sich eine eigene Meinung zum Wehrdienst
1545 und zum Berufssoldatentum bilden können. Unkritische Werbung für diese in Schule und
1546 durch Arbeitsagenturen sowie die Verharmlosung von Krieg und Gewalt in den Medien
1547 lehnen wir ab. Auch Universitäten müssen Verantwortung übernehmen. Forschung für und
1548 Drittmittelannahme durch Rüstungskonzerne lehnen wir ab.

1549 DIE LINKE setzt sich zudem als Friedenspartei konsequent für die Konversion, d. h. die
1550 Umwidmung bisher militärisch genutzter Flächen, Standorte und Unternehmen für zivile
1551 Zwecke ein.

1552 Militärische Nutzbarkeit und Missbrauch ziviler Forschung muss für die zukünftige
1553 Wissenschaftlergeneration wieder Thema werden.

1554 Wir sehen die Bundeswehrangehörigen und ihre Familien jedoch auch als Teil der
1555 Gesellschaft. Standorte sind verflochten mit der strukturellen und infrastrukturellen
1556 Entwicklung von Kommunen. Dort wo Militär- und Rüstungsgüter in Thüringen produziert
1557 werden, werden wir uns zusammen mit Wissenschaft, Arbeitnehmervertretungen und
1558 Wirtschaft dafür einsetzen, Alternativen zur Rüstungsproduktion zu entwickeln. Thüringen
1559 setzt sich im Bund für die Rücknahme der Stellen für zivil-militärische Zusammenarbeit auf
1560 Kreisebene ein. Thüringen sollte verstärkt auf Städtepartnerschaften mit Ländern außerhalb
1561 der Industrienationen setzen, um einen Austausch über Krisen- und Kriegsursachen und deren
1562 Bekämpfung im globalen Maßstab in der Bürgerschaft zu ermöglichen.

1563 Zum zivilgesellschaftlichen Leben im Friedensland Thüringen gehört die ungehinderte
1564 Tätigkeit von Friedensgruppen, Institutionen und auf die Verbreitung des Friedensgedankens
1565 gerichteter Bewegungen auf lokaler und Landesebene: So z. B. die Ostermarschbewegung
1566 (wie gegen die Weiterführung des Truppenübungsplatzes Ohrdruf), überparteiliche
1567 Friedenskreise in Kreisen und Städten, Zusammenschlüsse junger Friedensbewegter, die
1568 kirchliche Friedensarbeit. DIE LINKE sieht sich als Teil der Friedensbewegung.

1569 Für DIE LINKE ist Landespolitik auch Friedenspolitik. Mit einem Rüstungsatlas können
1570 Bürgerinnen und Bürger über rüstungsrelevante Forschung und Produktion informiert werden.
1571 Da die gegenwärtig auf Militarisierung und Auslandseinsätze der Bundeswehr gerichtete
1572 Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik die Sicherheit und die Lebensverhältnisse
1573 der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land Thüringen in direkter Weise beeinflusst, setzen
1574 wir uns dafür ein, dass auch Landtag und Landesregierung als gewählte Organe des

1575 Freistaates Thüringen ihren Einfluss im Bund und insbesondere auch im Bundesrat im
1576 Interesse ihrer Bürger geltend machen, um eine Änderung der Außenpolitik der
1577 Bundesrepublik im Sinne von Frieden und Gewaltfreiheit zu erreichen.

1578

1579 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Thüringen im Bund und in Europa**
1580 **wirksamer vertreten!**

1581 In Fragen des Föderalismus und der Vertretung Thüringens im Bundesrat sowie in den Bund-
1582 Länder-Beziehungen treten wir dafür ein, die Parlamente der Länder gegenüber den
1583 Landesregierungen zu stärken.

1584 Die Europäische Union kann ein demokratisches Erfolgsmodell zur Friedenswahrung und
1585 Wohlstandsteilhabe sein, bedarf aber dringend der sozialstaatlichen und direktdemokratischen
1586 Ausgestaltung. Thüringen setzt sich als östliches Bundesland für die gleichberechtigte
1587 Teilhabe der neuen EU-Mitgliedsstaaten ein.

1588 Die Brüsseler Vertretung wird als Frühwarnsystem zur Beeinflussung europäischer Politik im
1589 Interesse der Länder und Regionen gestärkt und in europäischen Netzwerken deren
1590 Durchsetzungskraft erhöht. Dies gilt insbesondere für eine starke Vertretung im Ausschuss
1591 der Regionen. Die öffentliche Akzeptanz des Gremiums soll insbesondere in
1592 Rechtssetzungsverfahren gegenüber der Kommission zur Einflussnahme der Länder und
1593 Regionen erhöht werden. Vor allem die EU-Strukturfonds müssen stärker auf den Bedarf der
1594 Regionen ausgerichtet werden.

1595

1596 Die wirksame Vertretung der Interessen des Freistaates auf Bundes- und Europaebene wird
1597 durch interregionale Zusammenarbeit ergänzt. Dazu wird die Landesregierung die
1598 Partnerschaften mit Litauen und Polen, mit Ungarn und den französischen Partnerregionen
1599 vertiefen. Aus Mitteln des Wettspielbetriebes sowie von Lotterien sollen Städte- und
1600 Schulpartnerschaften, internationale Austauschprogramme von Kindern und Jugendlichen
1601 sowie Projektkooperationen mit Regionen in Asien, Afrika und Lateinamerika gefördert
1602 werden. Damit will DIE LINKE auch ihrer globalen Verantwortung für die Durchsetzung von
1603 Menschenrechten und die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundprinzipien in
1604 Partnerländern gerecht werden. Die Erfahrungen aus internationalen Kooperationen wirken in
1605 den Erfahrungshorizont von Bürgerinnen und Bürgern in Thüringen zurück, stärken das
1606 Engagement und die Zivilgesellschaft sowie das Problembewusstsein für Verantwortung in
1607 der einen gemeinsamen Welt.

1608

1609 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine gerechte Steuerpolitik und**
1610 **gleichwertige Lebensverhältnisse!**

1611 Die Regierung Althaus und die vorherigen CDU-Regierungen haben im Bundesrat alle
1612 Steuerreformen unterstützt, mit denen in den vergangenen Jahren die großen Unternehmen
1613 bzw. Vermögen entlastet und die einfachen Bürgerinnen und Bürger belastet wurden.

1614 Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und das Prinzip eines
1615 solidarischen und sozialstaatlichen Föderalismus wollten sie zugunsten eines
1616 Wettbewerbsföderalismus mit Dumpinglöhnen, Unterbietungssteuersätzen und eines
1617 dogmatischen Schuldenverbotes aufs Spiel setzen. Die Folgen dieser Politik trägt auch das
1618 Land Thüringen mit seinen Städten und Gemeinden, die vielfach Pflichtaufgaben nicht mehr
1619 finanzieren können. Im Vergleich zu den Vorjahren wird Thüringen im Jahr 2020 rund 1,5
1620 Mrd. Euro weniger Einnahmen aus Solidarpakt-Mitteln erhalten.

1621 Wir werden deshalb im Bundesrat alle Initiativen unterstützen, mit denen eine höhere
1622 Steuergerechtigkeit wieder hergestellt und die großen Unternehmen sowie die Besitzer großer
1623 Vermögen wieder angemessen an der Finanzierung der Solidargemeinschaft beteiligt werden.

1624 Wir wollen Steuerschlupflöcher schließen sowie die Steuerehrlichkeit verbessern und werden
1625 in diesem Sinne auch die Ausstattung der Finanzämter prüfen.

1626 Wir werden bei der Ausgestaltung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union
1627 im Besonderen die Bedürfnisse der thüringischen Städte und Gemeinden zur Geltung bringen.

1628

1629 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Solide Landesfinanzen durch**
1630 **Konsolidierung und Investitionen!**

1631 Nach 20 Jahren CDU-Regierungen benötigt Thüringen einen umfassenden Kassensturz und
1632 eine solide Finanzplanung für den von uns angestrebten politischen Wechsel. Wir brauchen
1633 dringend Klarheit, welche finanziellen Erblasten die Thüringer Bevölkerung aufgrund der
1634 verfehlten Politik der vergangenen Jahre in der Zukunft wirklich zu tragen haben wird.

1635

1636 Künftige Landeshaushalte müssen schwierigen Anforderungen genügen. Um die Verwaltung
1637 des Mangels durch eine zukunftsfähige Politik ablösen zu können, ist eine Doppelstrategie
1638 aus Investitionen und Haushaltskonsolidierung nötig. Ein Verschuldungsverbot in der
1639 Verfassung wird es mit der LINKEN nicht geben.

1640 DIE LINKE steht für den Grundsatz: starke Schultern können mehr tragen als schwache. Im
1641 Unterschied zur CDU wird es mit uns eine Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge statt
1642 neoliberaler Privatisierungseuphorie geben.

1643 Wir werden die variablen Teile der im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel für
1644 eine Neuausrichtung der thüringischen Politik im Sinne unserer Leitprojekte einsetzen.

1645

1646 Wir werden nicht alle unsere Ziele sofort erreichen können – aber wir wollen sie Schritt für
1647 Schritt umsetzen.

1648

1649 **VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

1650

1651 **Thüringen braucht VERÄNDERUNG!**

1652

1653 **Auf Ihre Entscheidung kommt es an!**

1654

1655 **Darum ihre Stimme für DIE LINKE!**